



Stadtwerke
Köln GmbH

Empfehlungen des Stadtwerke Köln Konzerns für die Kommunalpolitik in Köln 2025-2030

Verabschiedet von der Geschäftsführung der Stadtwerke Köln GmbH am 24.06.2024

Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Zusammenfassung | 3 |
| 2. Einführung: Der Stadtwerke Köln Konzern – verlässlicher Partner in Zeiten der Transformation | 5 |
| 3. Auch in Zukunft „Da sein für Köln“ | 5 |
| Finanzierungskraft des SWK-Konzerns langfristig sichern..... | 6 |
| Querverbund auch in Zukunft erhalten..... | 7 |
| Für zukunftsfeste landesrechtliche Rahmenbedingungen einsetzen..... | 7 |
| Durch Vorfahrt für kommunale Infrastrukturprojekte Transformation beschleunigen | 8 |
| SWK-Konzern als Motor für die Transformation Kölns nutzen | 9 |
| 4. Wirtschaftsstandort Köln stärken – finanzielle Spielräume für die Transformation und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erhöhen | 10 |
| 5. Dem Fachkräftemangel entgegentreten..... | 11 |
| 6. Für Köln und die Region | 13 |
| 7. Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Stadtwerke Köln Konzern..... | 14 |
| 8. Digitale Transformation der Daseinsvorsorge umsetzen..... | 15 |
| 9. Transformation der Energie- und Wasserversorgung sicher, klimaschonend und bezahlbar umsetzen | 17 |
| 10. Ausbau der Elektromobilität als wesentlicher Beitrag zur Kölner Verkehrswende | 23 |
| 11. Für eine sichere und zuverlässige öffentliche Wasserversorgung..... | 25 |
| 12. Starker öffentlicher Personennahverkehr als wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Köln | 25 |
| 13. Zur Verkehrswende gehört auch eine nachhaltige Logistik | 28 |
| 14. Digitale Infrastrukturen – Gemeinsam Köln auf das Gigabit-Zeitalter vorbereiten | 30 |
| 15. Abfallverwertung und -entsorgung zukunftssichere Rahmenbedingungen geben - Kommunen sind zentraler Akteur in der Abfallwirtschaft | 31 |
| 16. Den Bäderbetrieb als wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge einer wachsenden Stadt auch zukünftig ermöglichen | 34 |

1. Zusammenfassung

Die Stadt Köln und die rheinische Region stehen wie alle anderen Kommunen vor umfangreichen Herausforderungen. Die möglichst kostengünstige und schnelle Umsetzung der Energie- und Verkehrswende, der Umgang mit dem demografischen Wandel, der Umgang mit dem Flächendruck einer wachsenden Stadt und Region, die Erschließung des vollen Nutzens der Digitalisierung, der Erfolg im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ und die Behauptung und Weiterentwicklung als international attraktiver Wirtschaftsstandort sind nur einige zentrale Themen, welche die Stadt – gemeinsam mit der Region – so schnell wie möglich lösen muss. Das aktuell hohe Zinsniveau, die Auswirkungen hoher Baukosten und des Fachkräftemangels, der aus europa-, bundes- und kommunalpolitischen Zielen abgeleitete Handlungsdruck und die angespannte kommunale Haushaltsslage stellen dabei zusätzliche Herausforderungen dar.

Der umfangreiche, schnelle und konsequente Ausbau und die Transformation der kommunalen Infrastruktur sowie die Weiterentwicklung zu einer Smart City sind aus Sicht des SWK-Konzerns der wesentliche erste Schritt, um diese Herausforderungen zu meistern. Der Stadtwerke Köln Konzern (SWK-Konzern) ist mit einem Umsatz von über 10,8 Mrd. Euro das größte kommunale Unternehmen Deutschlands. Mehr als 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Konzerngesellschaften sorgen für ein umfassendes und nachhaltiges Angebot an Infrastruktur, Produkten und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die das Rückgrat für eine funktionierende Stadt und Region bilden.

Damit ist der SWK-Konzern ein wesentlicher Akteur bei der Umsetzung des Ausbaus und der Transformation der kommunalen Infrastruktur und die Weiterentwicklung Kölns und der Region zu einer „Smart City“. Auf kommunaler Ebene werden hierzu zentrale Entscheidungen getroffen, welche deren Umsetzungsgeschwindigkeit, -kosten und -erfolg wesentlich beeinflussen. Als Beitrag zum politischen Diskurs im Vorfeld der Kommunalwahlen 2025 weisen wir in unserem Papier auf einige für den SWK-Konzern wichtige Herausforderungen und Rahmenbedingungen hin und empfehlen Lösungsansätze. Besonders zentrale Empfehlungen an die Politik und Verwaltung der Stadt Köln sind hierbei:

Damit der SWK-Konzern die notwendigen Investitionen in seinen einzelnen Sektoren langfristig umsetzen kann, muss die Finanzierungskraft des SWK-Konzerns dauerhaft gesichert sein. Hierfür empfehlen wir u. a., dass, wenn die KVB die Verkehrswende in einem Umfang umsetzen soll, der den vom SWK-Konzern zugesagten Rahmen für die Verlustübernahme übersteigt, die Stadt Köln eine Gegenfinanzierung für die zusätzlichen Verluste bereitstellt (vgl. S. 6).

Damit die kommunale Infrastrukturprojekten und die verbundenen Baumaßnahmen möglichst schnell vorankommen, sind die entstehenden Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die zukunftssichere Stadtentwicklung von Politik und Verwaltung prioritär und möglichst bürokratiearm zu behandeln (vgl. S. 8). Bei größeren Projekten von SWK-Unternehmen mit der Stadt, welche die Mitarbeit mehrerer städtischer Dienststellen erfordern, empfehlen wir die Einsetzung eines zentralen Projektkoordinators auf städtischer Seite, der einen effizienten Prozess der Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten aktiv vorantreibt (vgl. S.8).

Aufgrund der zentralen Rolle der Unternehmen des SWK-Konzerns für die kommunale Infrastruktur empfehlen wir, dass die betroffenen Konzernunternehmen frühzeitig und konsequent von Politik und Verwaltung der Stadt Köln in die strategischen Überlegungen der Stadt zur weiteren Stadtentwicklung einbezogen werden (vgl. S. 9).

Grundlegenden Herausforderungen wie u. a. die Bewältigung der Energie- und Verkehrswende oder die Sicherung des Wirtschaftsstandorts können aus Sicht des SWK-Konzerns nur zusammen mit der gesamten rheinischen Region erreicht werden. Wir empfehlen daher, dass die Stadt in einem ersten Schritt in Abstimmung mit wesentlichen Kölner Stakeholdern wie dem SWK-Konzern zentrale Ziele und Projekte der regionalen Zusammenarbeit aus Kölner Sicht festlegt und priorisiert (vgl. S. 12).

Die digitale Transformation der Daseinsvorsorge und die Entwicklung hin zu einer Smart City kann nur funktionieren, wenn diese gemeinsam durch den Stadtwerke Köln Konzern und die Stadt Köln erfolgt. Daher empfehlen wir die enge Einbindung des Stadtwerke Konzerns bei der Entwicklung und Umsetzung des „Masterplans Digitalisierung“ (vgl. S. 15).

Wesentlicher Hebel für die Erreichung der Kölner Klimaziele ist eine erfolgreiche Wärmewende. Hierzu wird unter der Führung der Verwaltung die kommunale Wärmeplanung für Köln erstellt. Wir empfehlen, dass im Sinne einer möglichst passgenauen und kostengünstigen Wärmewende im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung keine voreiligen Technologie-Vorfestlegungen vorgenommen, sondern die Wahl der Technologien offengehalten wird, insbesondere mit Blick auf die Zukunft der Gasnetze (vgl. S. 17).

Ein wichtiger Bestandteil für den Erfolg der Energiewende in Köln ist der lokale Ausbau der Erneuerbaren Energien. Um diesen in Köln maßgeblich voranzubringen, empfehlen wir u. a., dass die Flächen „Wind Kölner Norden“ im Regionalplan aufgenommen werden. Zudem empfehlen wir, die Sicherung der städtischen Flächen für Freiflächen-PV-Projekte im Kölner Stadtbereich möglichst zeitnah umzusetzen, damit darauf basierend die weitere Projektentwicklung (z. B. „PV Dünnwald“) erfolgen kann. Zudem empfehlen wir, langfristige Verträge für PV-Anlagen auf städtischen Dächern zu ermöglichen (vgl. S. 20).

Die KVB empfiehlt, zügig eine Entscheidung über den Ausbau der Ost-West-Achse, aus betrieblicher Sicht bevorzugt in Tunnellage, zu treffen. Voraussetzung dafür ist die Förderfähigkeit und damit ein positiver Kosten-Nutzen-Faktor (vgl. S. 25).

Wir empfehlen, sich für die Schaffung eines dritten Wertstoffcenters im linksrheinischen Kölner Süden einzusetzen. Nur durch den erfolgreichen Ausbau der Wertstoffeffassung können die politischen Ziele des Kölner Abfallwirtschaftskonzeptes erreicht werden (vgl. S. 32).

Für ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Schwimmbadangebot in Köln bedarf es nicht nur des Erhalts der bestehenden Wasserflächen und deren stetigen Attraktivierung, sondern auch der Schaffung zusätzlicher Wasserflächen. Wir empfehlen, die Erweiterung der Wasserfläche dabei durch die Umnutzung und Erweiterung von Flächen in bestehenden Schwimmbädern zu erreichen (vgl. S. 33).

2. Einführung: Der Stadtwerke Köln Konzern – verlässlicher Partner in Zeiten der Transformation

Die Stadt Köln und die rheinische Region stehen wie alle anderen Kommunen vor umfangreichen Herausforderungen. Die möglichst kostengünstige und schnelle Umsetzung der Energie- und Verkehrswende, der Umgang mit dem demografischen Wandel, der Umgang mit dem Flächendruck einer wachsenden Stadt und Region, die Erschließung des vollen Nutzens der Digitalisierung, der Erfolg im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ und die Behauptung und Weiterentwicklung als international attraktiver Wirtschaftsstandort sind nur einige zentrale Themen, welche die Stadt – gemeinsam mit der Region – so schnell wie möglich lösen muss. Das aktuell hohe Zinsniveau, die Auswirkungen hoher Baukosten und des Fachkräftemangels, der aus europa-, bundes- und kommunalpolitischen Zielen abgeleitete Handlungsdruck und die angespannte kommunale Haushaltslage stellen dabei zusätzliche Herausforderungen dar.

Der Stadtwerke Köln Konzern (SWK-Konzern) ist mit einem Umsatz von über 10,8 Mrd. Euro das größte kommunale Unternehmen Deutschlands. Mehr als 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Konzerngesellschaften sorgen für ein umfassendes und nachhaltiges Angebot an Infrastruktur, Produkten und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die das Rückgrat für eine funktionierende Stadt und Region bilden. Das Angebot des SWK-Konzerns reicht von der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und modernen Energieeffizienzdienstleistungen für private Haushalte, Gewerbebetriebe und Industrieunternehmen über Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der Telekommunikation, der Immobilienentwicklung, des Bäderbetriebs hin bis zu Entsorgungs- und auch Logistikdienstleistungen für die städtische und regionale Wirtschaft. Damit sind die Dienstleistungen der SWK-Unternehmen ein maßgeblicher Faktor für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Köln und der rheinischen Region sowie für den Wirtschaftsstandort. Durch das umfangreiche sektorenübergreifende Dienstleistungsangebot der SWK-Unternehmen setzt der SWK-Konzern auch auf einen umfassenden sektorenübergreifenden Ansatz. So können durch die Vernetzungen von z. B. Strom und Verkehr, Breitband- und Energieinfrastrukturausbau oder auch die Gestaltung der Logistik durch integrierte, klimaschonende Transportketten Synergien erschlossen und möglichst ökologisch, ökonomisch und sozial optimale Lösungen für Köln angeboten werden. Die Unternehmen des SWK-Konzerns stärken auch die heimische Wirtschaft: als bedeutende Arbeitgeber, wichtige Investoren und durch die enge Kooperation mit Partnern aus der Region. Die Unternehmen des SWK-Konzerns leisten dadurch einen hohen Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung.

Der umfangreiche, schnelle und konsequente Ausbau und die Transformation der kommunalen Infrastruktur sowie die Weiterentwicklung zu einer Smart City sind aus Sicht des SWK-Konzerns der wesentliche erste Schritt, um diese Herausforderungen zu meistern. Auf kommunaler Ebene werden dazu zentrale Entscheidungen getroffen, welche deren Umsetzungsgeschwindigkeit, -kosten und -erfolg wesentlich beeinflussen. Als Beitrag zum politischen Diskurs im Vorfeld der Kommunalwahlen 2025 weisen wir in unserem Papier auf einige für den SWK-Konzern wichtige Herausforderungen und Rahmenbedingungen hin und empfehlen Lösungsansätze.

3. Auch in Zukunft „Da sein für Köln“

Der SWK-Konzern unterscheidet sich deutlich von privatwirtschaftlich orientierten Mitbewerbern, die allein nach dem Gebot der Gewinnerzielung arbeiten: Dem Motto „Da sein für Köln“ entsprechend ist die Unternehmenspolitik geprägt durch Ortsnähe, die Verbundenheit mit dem Standort, die Berücksichtigung des Gemeinwohls und der nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Gesellschaften arbeiten deshalb sowohl in Sparten, die Gewinne erwirtschaften, als auch in Bereichen, die trotz sparsamen Wirtschaftens nicht rentabel zu gestalten sind oder gestaltet werden sollen, wie z. B. dem öffentlichen Nahverkehr oder dem Bäderbetrieb. Durch die Erbringung all dieser Daseinsvorsorgeleistungen wird die Lebensqualität in Köln

erheblich gesteigert. Die Erträge aus rentablen Sparten leisten dabei im Rahmen des steuerlichen Querverbands einen unverzichtbaren Beitrag zur Finanzierung nicht-rentabler Sparten. Die Finanzierung der insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich in ganz Deutschland durch die Transformationsaufgaben anstehenden (Sprung-) Investitionen stellen aber insbesondere die Stadtwerke deutschlandweit vor besondere Herausforderungen.

Finanzierungskraft des SWK-Konzerns langfristig sichern

Der SWK-Konzern sichert über unterschiedliche Beiträge an die Stadt Köln den kommunalen finanziellen Handlungsspielraum. Die vom SWK-Konzern im Jahr 2023 erzielte Gesamtwertschöpfung für die Stadt Köln lag bei 504,5 Mio. Euro. Über die Ergebnisabführungen ermöglichen die kommunalen Unternehmen einen wichtigen Teil der städtischen Handlungsfreiheit. Alleine der SWK-Konzern schüttet in 2024 einen Gewinn in Höhe von 50 Mio. Euro an die Stadt Köln aus. Damit leistet der SWK-Konzern sowohl direkt als auch indirekt einen erheblichen Beitrag zu den Verbesserungen des Haushaltes der Stadt Köln. Hierzu zählen auch im Jahr 2023 die konzernintern erledigten Verlustausgleiche für die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Höhe von -131,4 Mio. Euro und die KölnBäder GmbH (KölnBäder) in Höhe von -19,8 Mio. Euro, die Gewerbesteuern in Höhe von 48,1 Mio. €, die Konzessionszahlungen der RheinEnergie in Höhe von 65,7 Mio. Euro und wesentliche Rücklagenzuführungen im Konzern in Höhe von 151,5 Mio. Euro. Es wurden insgesamt fast 646 Mio. Euro investiert.

Aus den auf Bundes- und städtischer Ebene beschlossenen Klimazielen leiten sich insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich umfangreiche Transformationsaufgaben ab, deren Erreichung in einem noch nie dagewesenen Umfang Sprunginvestitionen verursachen. Diese treffen auf weitere finanzielle Belastungen wie hohe Baukosten und ein hohes Zinsniveau, hohe Tarifabschlüsse, die Finanzierung des 49 Euro-Tickets, gleichbleibende Ausschüttungserwartungen der städtischen Eigentümer und eine schwache Konjunktur.

Für den SWK-Konzern ist die Sicherung seiner Bonität, also die Sicherung, langfristig die Aktivitäten der Konzernunternehmen finanzieren zu können, oberstes Ziel. Die Unternehmen des SWK-Konzerns setzen bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Sicherung der Finanzierungskraft des SWK-Konzerns um. Die Finanzierung der nachhaltigen Transformation kann auch in vielen Bereichen durch den SWK-Konzern umgesetzt werden, nicht aber der größte Posten, die Finanzierung aller Ausbaupläne der Stadt für den ÖPNV. Sollte die Politik und die Verwaltung der Stadt Köln alle Ausbaupläne der KVB umsetzen wollen, muss die Stadt durch z. B. zusätzliches Aufbringen von Eigenkapital oder direkten Zuschüssen die Finanzierung sicherstellen.

Gleiches gilt, wenn Politik und Verwaltung in Zukunft von den Stadtwerken erwartet, weitere Aufgaben zu übernehmen, die nicht mindestens kostendeckend wahrgenommen werden können.

Um die langfristige Bonität des SWK-Konzerns zu sichern, empfehlen wir,

- dass, wenn die KVB die Verkehrswende in einem Umfang umsetzen soll, der den vom SWK-Konzern zugesagten Rahmen für die Verlustübernahme übersteigt, die Stadt Köln eine Gegenfinanzierung für die zusätzlichen Verluste bereitstellt
- dass, wenn die Unternehmen des SWK-Konzerns in Zukunft weitere Aufgaben der Stadt Köln übernehmen sollen, eine entsprechende Gegenfinanzierung sicherzustellen ist
- dass die Stadt sich zusammen mit dem SWK-Konzern auf landes- und bundespolitischer Ebene für die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Transformation vor Ort einsetzt und auch gemeinsame Initiativen zum Einwerben von Fördermitteln startet.

Querverbund auch in Zukunft erhalten

Seit Jahrzehnten wird durch den steuerlichen Querverbund kommunalen Unternehmen wie dem SWK-Konzern die Möglichkeit gewährt, Gewinne von Konzernunternehmen mit Verlusten anderer Konzernunternehmen zu verrechnen. Die dadurch erzielte Steuerersparnis ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung der Finanzierung verlustbringender Leistungen und zur Sicherung des kommunalen Haushaltes.

Die Beibehaltung des steuerlichen Querverbunds für kommunale Unternehmen bietet eine Vielzahl von Vorteilen, die sowohl den Unternehmen selbst als auch den Bürgern zugutekommen. Daher sprechen wir uns klar für die Beibehaltung dieses Instruments aus und empfehlen entsprechende politische Maßnahmen zur Fortführung dieser wichtigen Maßnahme. Trotz Einstellung eines Verfahrens beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) besteht weiterhin die Gefahr, dass diese Praxis als unzulässige Beihilfe qualifiziert wird.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über die beihilferechtliche Zulässigkeit des steuerlichen Querverbunds empfehlen wir, dass sich Politik und Verwaltung der Stadt Köln gegenüber Land und Bund – z. B. auch über den Deutschen Städtetag – für den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds einsetzen, gegebenenfalls mit einer entsprechenden Initiative gegenüber der Europäischen Kommission.

Für zukunftsfeste landesrechtliche Rahmenbedingungen einsetzen

Der mögliche Betätigungsradius für kommunale nordrhein-westfälische Unternehmen wird in der Gemeindeordnung NRW festgelegt. Je einschränkender diese Rahmenbedingungen gefasst sind, desto schwieriger ist es gerade für kommunale Unternehmen, die auf dem liberalisierten Energie-, Telekommunikations-, Logistik- und Entsorgungsmarkt aktiv sind, sich im Wettbewerb mit nicht eingeschränkten privaten Unternehmen und kommunalen Unternehmen aus anderen Bundesländern dauerhaft zu behaupten. Es ist aber gerade der finanzielle Erfolg dieser Unternehmen, der die defizitären Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in den nordrhein-westfälischen Kommunen – und damit auch in Köln – maßgeblich finanziert.

Kommunale Unternehmen aus NRW, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Telekommunikation, Logistik und Abfallverwertung und -entsorgung, müssen die gleichen Möglichkeiten wie ihre privaten Wettbewerber und kommunale Unternehmen aus anderen Bundesländern haben. Nur so können sie auf Änderungen in ihrem Marktumfeld eingehen, sich weiterentwickeln und zukünftig auch erfolgreich sein und ihren Beitrag für die Finanzierung der Daseinsvorsorge vor Ort liefern.

Wir empfehlen, dass sich Politik und Verwaltung der Stadt Köln zusammen mit anderen NRW-Kommunen gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass

- in einer Auslegungshilfe zur Gemeindeordnung NRW insbesondere klarstellende Regelbeispiele für zulässige Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Strom-, Gas-, und Wasserversorgung aufgenommen werden, die typischerweise von einem Energieversorgungsunternehmen erbracht werden dürfen. Dazu zählen das Planen, Bauen und Betreiben von Energieinfrastruktur bzw. Kundenanlagen zu Marktkonditionen, der Energiehandel, die Erstellung von Energieausweisen, die Energieberatung, das Energiemanagement, Contracting-Modelle und Pachtmodelle, soweit der Kunde Primärenergie bei dem kommunalen Energieversorger bezieht, Dienstleistungen im Zusammenhang mit Smart Metering (intelligenter Zähler), Smart Grid (intelligentes Stromnetz), E-Mobilität, im Bereich des Abrechnungs- und EDV-Wesens und plattformgestützte, digitale Produktangebote,
- in der Auslegungshilfe zur Gemeindeordnung NRW den kommunalen Telekommunikationsunternehmen eine gleichberechtigte Teilnahme am Wettbewerb, insbesondere

durch die Erbringung telekommunikations-naher Zusatzdienste sowie Mehrwert- und Bündeldienstleistungen aus einer Hand, ermöglicht wird,

- in der Auslegungshilfe zur Gemeindeordnung NRW den kommunalen Anbietern von Logistikdienstleistungen mehr Flexibilität ermöglicht wird, überregional Dienstleistungen zu erbringen, innovative Technologie- und Geschäftsmodelle zu entwickeln und in diese gezielt zu investieren,
- die aktuellen Möglichkeiten und Zuständigkeiten im Abfallrecht nicht eingeschränkt werden und die kommunale Zuständigkeit bei der haushaltsnahen Abfallerfassung geschützt wird. Dabei ist sicherzustellen, dass eine effiziente Erfassung, Wiederverwendungsvorbereitung und gesetzeskonforme Verwertung und Vermarktung von Wertstoffen, ggfs. auch innerhalb der Region, d.h. über Stadtgrenzen hinaus möglich ist.

Durch Vorfahrt für kommunale Infrastrukturprojekte Transformation beschleunigen

Der zügige Ausbau bzw. die Transformation bestehender kommunaler Infrastrukturen in Köln sind aus Sicht des SWK-Konzerns eine wesentliche Grundvoraussetzung, um Herausforderungen wie die Umsetzung der Energie- und Verkehrswende in einer wachsenden Stadt, die Transformation Kölns in eine Smart City und die Sicherung der Attraktivität eines zukünftig dekarbonisierten Wirtschaftsstandorts Köln zu meistern. Der Umsetzungsdruck ist aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums und den Ableitungen aus den politischen Zielen hoch.

Die SWK-Unternehmen wollen mit ihren Investitionen in die kommunale Infrastruktur die Stadt für diese Herausforderungen fit machen. Es ist uns auch bewusst, dass viele Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse in Kommunen aufwändig und Verwaltungsressourcen begrenzt sind. Wir sind aber auch der Meinung, dass zur Zielerreichung der Ausbau bzw. die Transformation der kommunalen Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum und dem politischen Umsetzungsdruck Schritt halten bzw. besser noch ein Schritt voraus sein sollte. Daraus leitet sich aus unserer Sicht eine Priorität für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen von Politik- und Verwaltungshandeln ab.

Auch die Ratsbeschlüsse zum Klimanotstand und zur Erreichung der Klimaneutralität stützen aus Sicht des SWK-Konzerns ein solches Vorgehen. Weitere Ausführungen zum Thema Genehmigungen folgen in den Abschnitten zu den einzelnen Sektoren.

Wir empfehlen, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln, die rund um kommunale Infrastrukturprojekten und den verbundenen Baumaßnahmen entstehenden Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die zukunftssichere Stadtentwicklung prioritär und möglichst bürokratiearm behandelt (Beispiel: Derzeitige Praxis ist, dass 25 verschiedene Dienststellen der Stadtverwaltung bei einfachen Bauanträgen beteiligt werden müssen).

Die SWK-Unternehmen und die Stadt Köln haben unterschiedliche Aufgaben zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Baumaßnahmen führen dabei stets zu Interessenskollisionen, die zu diskutieren und abzuwägen sind. Wir empfehlen daher, dass bei der Stadt Köln eine Koordinierungsstelle eingerichtet wird, welche die konkurrierenden Interessen der einzelnen Ämter und SWK-Unternehmen zu einer gemeinsamen, tragfähigen Lösung führt.

Wir empfehlen, dass bei größeren Projekten von SWK-Unternehmen mit der Stadt, die die Mitarbeit mehrerer städtischer Dienststellen erfordern, ein zentraler Projektkoordinator auf städtischer Seite eingesetzt wird, der einen effizienten Prozess der Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten aktiv vorantreibt.

SWK-Konzern als Motor für die Transformation Kölns nutzen

Mit der Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2035+“ hat die Stadt Köln sich einen Kompass für eine zukunftsgerichtete, strategische und nachhaltige Stadtentwicklung gegeben. Weitere Strategiepaper wie „Klimaneutrales Köln 2035“, „Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP)“, „Sustainable Urban Logistic Plan (SULP)“, der „Masterplan Digitalisierung“, die Stadtentwicklungskonzepte „Wirtschaft“, „Logistik“ oder „Wohnen“ wurden bzw. werden erarbeitet oder aktualisiert, um die Stadtstrategie weiter zu konkretisieren. Als der maßgebliche Anbieter kommunaler Infrastruktur in Köln kennen die SWK-Unternehmen die Kölner Verhältnisse in ihren jeweiligen Sektoren sehr gut und verfügen über jahrzehntelange Erfahrungen. Die Strategien der SWK-Unternehmen berücksichtigen kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungen in der Stadt und Branchentrends. Die SWK-Unternehmen wollen ihr Wissen und ihre Erfahrung möglichst frühzeitig in die strategische Stadtentwicklung einbringen. So können aus unserer Sicht möglichst effizient optimale Lösungen für Köln erarbeitet werden.

Wir empfehlen der Politik und Verwaltung der Stadt Köln, die betroffenen Konzernunternehmen frühzeitig und konsequent in die strategischen Überlegungen der Stadt zur weiteren Stadtentwicklung einzubeziehen. So können möglichst optimale und friktionsfreie Lösungen für Köln erarbeitet werden. Durch frühzeitige Einbindung der betroffenen SWK-Unternehmen können bestenfalls auch Kapazitäten in der Stadtverwaltung entlastet werden.

Gute Beispiele hierfür sind die Einbindungen des Stadtwerke Köln Konzerns in den Schlüsselprojektprozess im Rahmen der Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“, in die Erarbeitung des „Stadtentwicklungskonzepts Wirtschaft“ und in die Erstellung des „Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP)“ für Köln.

Städtische Betriebsstandorte von kommunalen Infrastrukturunternehmen sichern

Als wachsende Stadt ist in Köln der Bedarf an neuem Wohnraum ungebrochen groß. Dies führt dazu, dass auch Flächen in der Nähe von emissionsintensiveren Industrie-/Gewerbeflächen für neuen Wohnungsbau erschlossen werden und Bestandsrechte von dort befindlichen Betrieben eingeschränkt werden sollen. Neben den Kölner Unternehmen des produzierenden Gewerbes spüren dies auch die Unternehmen des Stadtwerke Konzerns.

Unternehmen wie die KVB, RheinEnergie, HGK und AWB sind u.a. aus Gründen des Anschlusses an das Kölner Streckennetz, den Anschluss an die Strom-, Gas-, und Fernwärmenetze oder auch der Lage des Rheins an ihre Standorte gebunden. Um ihre Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu einem angemessenen Preis und einer angemessenen Qualität überhaupt erbringen zu können sind die Unternehmen darauf angewiesen, dass sie an ihren Betriebsstandorten durch eine heranrückende Wohnbebauung nicht in ihren Bestandsrechten eingeschränkt werden.

Bei der Ausweisung neuer Flächen für Wohnbauungen muss früh und rechtzeitig der Austausch mit den Eigentümern und den angesiedelten Betrieben auf den betroffenen Gewerbe- und Industrieflächen gesucht werden. Die fortlaufende Einschränkung von Bestandsrechten für Betriebe darf nicht zum schleichend akzeptierten Normalmaß werden, wenn man weiterhin ein attraktiver Standort für Industrie und Gewerbe bleiben will.

Wir empfehlen eine stärkere Unterstützung von Politik und Verwaltung der Stadt Köln für den Erhalt und die Sicherung bestehender Häfen, Bahnanlagen, Gewerbe- und Industrieflächen einschließlich erforderlicher Abstandflächen und der notwendigen Infrastruktur. Das Heranwachsen von Wohnbauungen an Flächen, die dem Immissionsschutzgesetz unterliegen, kann (insbesondere im Bereich der Schallimmissionen) nicht fortgesetzt durch das Aufbürden immer neuer Verordnungen bzw. Forderung nach teuren, technischen Lösungen durch die Betriebe aufgefangen werden und führt mittelfristig zum Abbau von Arbeitsplätzen im städtischen Raum.

4. Wirtschaftsstandort Köln stärken – finanzielle Spielräume für die Transformation und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erhöhen

Knapp 90 Prozent aller Steuereinnahmen der Stadt Köln hängen letztlich von der Leistungsfähigkeit der Kölner Wirtschaft ab (Gewerbsteuer sowie Gemeindeanteile an Einkommens- und Umsatzsteuer), wie der Haushalt der Stadt Köln für das Jahr 2022 zeigt. Die Kölner Wirtschaft ist also maßgeblich dafür verantwortlich, was sich die Stadt Köln leisten kann, zum Beispiel die Transformation und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.

Dem verarbeitenden Gewerbe kommt dabei eine besondere Rolle zu. Es ist stärkster Gewerbesteuerzahler, die wichtigste Steuer für den kommunalen Haushalt, und trägt auch überproportional zu ihr bei.

Politik und Verwaltung sollten die grundlegende Bedeutung der Kölner Wirtschaft für die Stadt Köln und deren Finanzkraft anerkennen. Dieses Verständnis sollten sie ihren Entscheidungen und deren Umsetzung zugrunde legen. Dies beginnt mit einem unternehmerisch geprägten Mindset von Politik und Verwaltung sowie der besseren Ausnutzung von Ermessensspielräumen über beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Zudem wären weitsichtige und wirtschaftsfreundliche Stadtplanungsprozesse mit Blick auf den Schutz von Industrie- und Gewerbeflächen vor Einschränkungen und einer adäquaten Verkehrs- bzw. Logistikpolitik bis hin zu wirksameren und übersichtlicheren Förderstrukturen von großem Mehrwert für die Unternehmen vor Ort.

Nach dem Vorbild der UnternehmerTUM in München sollte in Köln und der Region ein zentrales Innovations-Ökosystem aufgebaut werden, das die entscheidenden Akteure zusammenbringt: die Wirtschaft, insbesondere industrielle Player, Start-ups und Akteure in der Digitalwirtschaft, Forschungseinrichtungen – besonders im technischen Bereich und regionalen Verbund (beispielsweise mit der Universität Köln, der TH Köln, der RWTH Aachen, dem FZ Jülich und dem Helmholtz-Cluster Wasserstoff), Investoren sowie städtische Akteure wie die Wirtschaftsförderung und den SWK-Konzern. Die UnternehmerTUM ist Europas größtes Zentrum für Gründung und Innovation und bietet Start-up-Programme, Entrepreneurship-Ausbildungen, Wissenstransfers in Unternehmen, Risikokapital und High-Tech-Werkstätten, wodurch jährlich mehr als 50 skalierbare Start-ups und mehr als 180 Innovations-Partnerschaften entstehen.

Wir nehmen in der Region Köln viele Innovationspotenziale wahr. Gerade zwischen den industriellen Bereichen Chemie, Life Science, Biotechnologie und der Informatik bestehen enge technologische Verbindungen, die erhebliches Innovationspotenzial bergen. Eine enge Zusammenarbeit der Unternehmen aus diesen Branchen am Standort Köln könnte sich von dem Beispiel der Verknüpfung von digitalen Technologien und dem Maschinen- und Anlagenbau im Stuttgarter Raum inspirieren lassen, in dem es ein Innovations-Ökosystem zwischen Ingenieur- und IT-Dienstleistern, Maschinenbauern und Automotive-Unternehmen gibt (Beispiel ARENA2036). Eine gezielte Ansiedlung erfolgreicher und technologiestarker Unternehmen, welche die vorhandenen Stärken des Kölner Standorts ideal ergänzen, würde das Innovations-Ökosystem im Raum Köln nachhaltig stärken, damit die wirtschaftliche Resilienz erhöhen und die Wertschöpfung der Zukunft sichern. Auch der Aufbau von Partnerschaften und der Austausch von Best Practices zwischen ansässigen Unternehmen und passenden anderen Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen sowie Peer-2-Peer-Matching an technologischen Rändern – also das gezielte Zusammenbringen von Wirtschaft und Wissenschaft durch regionale Akteure wie Kammern, Verbände oder Wirtschaftsförderungen – tragen zum Aufbau eines solchen Innovations-Ökosystems bei.

Stärkere Wertschöpfungsverflechtungen in Köln und Region sichern den Wohlstand und können Innovationen und damit Wertschöpfung beflügeln. Städtische Akteure sollten die Rahmenbedingungen dafür verbessern, indem sie beispielsweise Austauschformate für das Unternehmertum anbieten, Cluster für den Austausch in bestimmten Branchen fördern oder gemeinsame Infrastruktur-Projekte in der Region auf den Weg bringen. Dafür sollte die Stadt Köln auch proaktiv auf die umliegende Region zugehen (siehe auch „6. Für Köln und die Region“). Die Stadt Hamburg kann hierfür als Beispiel dienen.

Um den Wirtschaftsstandort Köln zu stärken, zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und somit auch finanzielle Spielräume für die Transformation und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu erhöhen, empfehlen wir, dass:

- Politik und Verwaltung die grundlegende Bedeutung der Kölner Wirtschaft für die Stadt Köln und deren Finanzkraft anerkennt und dieses Verständnis ihren Entscheidungen und deren Umsetzung zugrunde legt.
- nach dem Vorbild der UnternehmerTUM in München in Köln und der Region ein zentrales Innovations-Ökosystem aufgebaut wird, das die entscheidenden Akteure zusammenbringt.
- eine gezielte Ansiedlung erfolgreicher und technologiestarker Unternehmen stattfindet, welche die vorhandenen Stärken des Kölner Standorts ideal ergänzt und das Innovations-Ökosystem im Raum Köln nachhaltig stärkt, damit die wirtschaftliche Resilienz erhöht und die Wertschöpfung der Zukunft sichert.

Auch der Aufbau von Partnerschaften und der Austausch von Best Practices zwischen ansässigen Unternehmen und passenden anderen Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen tragen zum Aufbau eines solchen Innovations-Ökosystems bei.

- städtische Akteure die Rahmenbedingungen für regionale Wertschöpfungsverflechtungen verbessern, indem sie beispielsweise Austauschformate für das Unternehmertum anbieten, Cluster für den Austausch in bestimmten Branchen fördern oder gemeinsame Infrastruktur-Projekte in der Region auf den Weg bringen.

5. Dem Fachkräftemangel entgegenzutreten

Aufgrund des sich verstärkenden Fach- und Arbeitskräftemangels u. a. infolge der demografischen Entwicklung ist die Standortattraktivität der Stadt Köln und des nahen Umlandes ein wesentlicher Faktor im Hinblick auf die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die dauerhafte Bindung desvorhandenen Personals. Kommunalpolitik und städtische Verwaltung sollten deshalb gemeinsam daraufhin arbeiten, die Attraktivität des Standortes zu halten und systematisch zu steigern.

Hierzu gehören -- für einige Gesellschaften im Stadtwerke Köln Konzern – insbesondere die Schaffung und der Ausbau bezahlbaren und attraktiven Wohnraums inkl. zukunftsfähiger Mobilitäts- und Verkehrskonzepte – nicht nur innerstädtisch, sondern auch im Regionalverbund. Neben der Wohnraumförderung ist auch die Sicherstellung von Kinderbetreuungsangeboten und Pflegeplätzen in der Nähe zum Wohn- oder Arbeitsplatz ein zentraler Faktor auch für einige Gesellschaften im Stadtwerke Köln Konzern, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Arbeitnehmer zu ermöglichen. Diese Hilfs-/Unterstützungsangebote gilt es, weiter auszubauen und mit finanzieller Unterstützung allen Arbeitnehmern zugänglich zu machen. Diese Maßnahmen ermöglichen es insbesondere Frauen den Weg in den Arbeitsmarkt (zurück) zu eröffnen.

Gerade in den technischen Berufen gilt es weiterhin, Mädchen und junge Frauen für diesen Berufszweig zu begeistern. Daher sollte umfangreich in die Förderung der MINT-Ausbildung in den Schulen investiert werden - und das schulformübergreifend und zielgruppenspezifisch auf die jungen Frauen ausgerichtet. Um die Fachkräfte von morgen in der Region selbst auszubilden, bedarf es einer hochqualitativen IT-Ausbildung bereits in unseren Schulen und ausgerichtet an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Innovationsfördernde Umfeldbedingungen (bspw. im Zusammenhang mit Digitalisierungsinitiativen) sollten ausgebaut und die Attraktivität der lokalen/regionalen (Hoch-)Schulen weiter gestärkt werden.

Die Fachkräftezuwanderung aus dem europäischen, aber auch außereuropäischen Ausland sollte erleichtert und gefördert werden – insbesondere im Hinblick auf Unterstützungsangebote bei der Arbeitsaufnahme/Betreuungsangebote, den Abbau administrativer Hürden und die Stärkung von Angeboten der Sprachförderung (Deutschkurse). Die schnellere und vereinfachte Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen aus dem Ausland sowie z. B. von ausländischen Führerscheinen sollte von der Kommunalpolitik auf Bundesebene intensiv vorangetrieben werden. Die Anwerbung und vor allem die Qualifizierung ausländischer Fach- und Arbeitskräfte kann in der Perspektive eine ergänzende Maßnahme sein, um den bestehenden Personalengpässen entgegenzuwirken. Der Erfolg dieses Personalgewinnungsbausteins ist aber entscheidend davon abhängig, dass der Gesetzgeber die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sowie einheitliche und dauerhafte Fördergrundlagen schafft. Darüber hinaus gilt es Quereinstiege in eine andere Branche oder den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt mittels geförderter Umschulungsmaßnahmen (z. B. Führerscheinqualifizierung) zu vereinfachen und zu begleiten.

Als weiterer Hebel zur Schließung der Arbeits- und Fachkräftelücke müssen sich Unternehmen zunehmend im Bereich Recruiting, Personalmarketing und Employer Branding engagieren, um auf dem lokalen Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Die Investitionen in ein leistungsstarkes Personalmanagement sowie in die Mitarbeiterqualifizierung und -bindung dienen der Bewältigung der zukünftigen personalstrategischen Herausforderungen, finden aber in relevanten Benchmarks keine oder unzureichende Betrachtung und werden lediglich in den Gesamtkostenblock einkalkuliert. Erforderliche Investitionen in diese dringenden Themen werden bisher nicht ausreichend gewürdigt. Die Kommunalpolitik sollte notwendige Investitionen zur Bewältigung des Fach- und Arbeitskräftemangels als solche anerkennen und aktiv unterstützen.

Wir empfehlen, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln folgende Punkte umsetzen oder sich gegenüber Bund und Land dafür einsetzen:

- Stärkung (und Vermarktung) der Standortattraktivität der Stadt Köln sowie des Umlandes, um der demografischen Entwicklung und dem einhergehenden Fach- und Arbeitskräftemangel zu begegnen.
- Erleichterung der Zuwanderung und Beschleunigung der Integration von Fach- und Arbeitskräften (z. B. durch Beschleunigung der Administration, Absenkung von Einstellungsvoraussetzungen bzw. der Möglichkeit der staatlich finanzierten Bereitstellung der vorgeschriebenen Deutschkurse durch die einstellenden Unternehmen).
- Unterstützung von Umschulungsmaßnahmen, um Wieder- oder Quereinstiege zu ermöglichen.
- Stärkung innovationsfördernder Umfeldbedingungen sowie der Bildungs- und Hochschulpolitik und Stärkung der MINT-Ausbildung.
- Deutlicher Ausbau von Hilfs-/Unterstützungsangeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Wohnraumförderung.
- Anerkennung und Unterstützung von Investitionen in eine leistungsstarke Personalfunktion.
- Mediale Vermarktung Kölns als attraktive Metropolregion und Schaffung von Gelegenheiten/Plattformen, um Menschen und Unternehmen zu vernetzen.
- Einsatz für Förderprogramme für Mitarbeiterwohnen mit preisgedämpften Wohnangeboten
- Öffnung des kooperativen Baulandmodells durch mehr Flexibilität. Insbesondere die Kopplung der Vermietung an den Wohnberechtigungsschein ist problematisch, da die Gehälter zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern über der

Einkommensgrenze des WBS liegen, aber dennoch nicht ausreichen, um auf dem freien Markt eine stadtnahe Wohnung zu finanzieren.

6. Für Köln und die Region

SWK-Unternehmen sind in der ganzen rheinischen Region aktiv. So versorgt z. B. die Rhein-Energie die Region direkt und über ihre Beteiligung mit Energie, Wasser und Energiedienstleistungen, die NetCologne ist zusammen mit ihrem Tochterunternehmen NetAachen ein wesentlicher Akteur beim Anschluss der Region an das zukunftssichere Glasfasernetz und die HGK verbindet die Region mit eigenen Bahnstrecken und sorgt darüber hinaus für den Anschluss an die Seehäfen Rotterdam und Antwerpen. Die rheinische Region ist auch das Zuhause zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SWK-Unternehmen, die durch ihren täglichen Einsatz die vielen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge des SWK-Konzerns in Köln erst möglich machen.

Für den SWK-Konzern sind Stadt und Region komplementäre Partner bei der Entwicklung der gesamten rheinischen Region und aufeinander angewiesen. Bei grundlegenden Aufgaben wie z. B. der Umsetzung der Themen Energie- und Verkehrswende, der Digitalisierung, dem Umgang mit dem demografischen Wandel, die Attraktivität des Standorts im Wettbewerb um die klügsten Köpfe und die Behauptung im internationalen Wettbewerb muss aus unserer Sicht die gesamte rheinische Region als gemeinsamer Wirtschafts-, Verkehrs- und Lebensraum begriffen und auf Augenhöhe abgestimmt entwickelt werden.

Der Region Köln/Bonn e.V. ist, mit seinem Agglomerationsprogramm als Aufsatzpunkt, eine gute neutrale Plattform, an dem eine solche gemeinschaftliche Entwicklung besprochen und vorangetrieben werden kann. Zudem macht aus unserer Sicht ein durch ein abgestimmtes Profil unterfüttertes gemeinsames Auftreten der rheinischen Region auf Messen, aber auch in Brüssel, Berlin und Düsseldorf Sinn. Ein gemeinsames Auftreten erzeugt eine Strahlkraft, um die notwendigen politischen Rahmenbedingungen und auch Fördermittel für die Umsetzung von großen Infrastrukturprojekten einzuwerben. Außerdem ist eine so geschlossen agierende Region ein Magnet für neue Firmenansiedlungen und stärkt ihre Wettbewerbsposition.

Der durch den Ausstieg aus der Braunkohle angestoßene Strukturwandel im Rheinischen Revier und die dafür bereitstehenden Mittel bieten eine einmalige Gelegenheit, das Zusammenwachsen der gesamten Region zu einer leistungsfähigen Metropolregion maßgeblich zu beschleunigen. Basis hierfür sind insbesondere auch der Ausbau und die Vernetzung der Infrastrukturen im Rheinland. Die Unternehmen des SWK-Konzerns sind nach wie vor sehr daran interessiert sich mit entsprechenden Projekten einzubringen. Viele der von SWK-Unternehmen im Rahmen des Strukturwandels eingebrachte Projektideen waren aber aufgrund der bisherigen Förderbedingungen bzw. deren Auslegung nicht förderfähig und wurden nicht realisiert. Es ist zu erwarten, dass die Förderbedingungen im Rheinischen Revier in Zukunft angepasst werden und die SWK-Unternehmen dann erneut die Eingabe von Projekten in den Strukturwandelprozess prüfen. Eine entsprechende politische und unbürokratische Flankierung seitens der Stadt wäre dann sehr wünschenswert.

Wir empfehlen,

- dass die Stadt in Abstimmung mit wesentlichen Kölner Stakeholdern wie dem SWK-Konzern zentrale Ziele und Projekte der regionalen Zusammenarbeit aus Kölner Sicht festlegt und priorisiert.
- dass die Kommunen der rheinischen Region sich in einem von z. B. Region Köln/Bonn moderierten Prozess auf gemeinsame Entwicklungsziele für die rheinische Region und deren Umsetzung einigen.

- dass die Rheinische Region bei Messen und in Brüssel, Berlin und Düsseldorf mit einem gemeinsamen Profil auftritt, um so ihre Sichtbarkeit zu erhöhen und bessere Rahmenbedingungen und Fördermittel für die rheinische Region einwerben zu können.
- dass die Stadt Köln bei allen, vor allem verkehrlichen Entscheidungen die Auswirkungen auf die Pendlerströme mitdenkt. Die Erreichbarkeit der Kölner Arbeitsstätten muss auch in Zukunft in einer angemessenen Zeit gegeben sein.
- dass bei wesentlichen Änderungen der Förderbedingungen im Strukturwandelprozess die Stadt Köln bei der erneuten Einbringung von SWK-Projekten im Rheinischen Revier durch politische Fürsprache sowie unbürokratischer Unterstützung zur Seite steht.
- dass sich die Stadt Köln aktiv gegenüber Bund und Land sowie der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) für die Förderung wichtiger Infrastrukturvorhaben mit Strahlkraft nach Köln und ins Rheinische Revier einsetzt und diese ihrerseits durch unbürokratisches Verhalten unterstützt. Zu nennen sind hier z. B. der Ausbau des Bahnknotens Köln, die Verlängerung Kölner Stadtbahnlinien ins Rheinische Revier, der Ausbau Erneuerbarer Energien oder die Rheinquerung Niederkassel.

7. Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Stadtwerke Köln Konzern

Seit dem Jahr 2010 ist das Thema Nachhaltigkeit Teil der Strategiebefassungen im SWK-Konzern. Eines der wichtigsten Querschnittsthemen ist der Klimaschutz.

Durch zahlreiche Maßnahmen und Projekte trägt der Unternehmensverbund zur Reduktion von Treibhausgasen im Kölner Stadtgebiet und darüber hinaus bei. Damit leisten die Unternehmen einen wichtigen Beitrag zu den Klimazielen der Stadt, insbesondere in den Bereichen Energie, Mobilität und Logistik. Weiterhin wurde zwischen der Stadtverwaltung (Koordinationsstelle Klimaschutz) und den Unternehmen der Stadtwerke Köln GmbH Schnittstellen eingerichtet, die unter anderem die übergreifenden Arbeiten beim Klimaschutzmonitoring der Stadt und der städtischen THG-Bilanzierung begleiten. Die SWK GmbH (Holding des SWK-Konzerns) ist hierbei koordinierend tätig.

Zur Umsetzung vieler Anforderungen bzgl. Nachhaltigkeit, u. a. aus dem Bereich Reporting, werden seit einigen Jahren Themen verstärkt auf Holdingebene gebündelt und im Konzern u. a. aus Effizienzgründen gemeinsam bearbeitet und von der Holding aus koordiniert (Koordinationsstelle Nachhaltigkeit). Hierbei möchte die Holding sich auch als Ansprechpartnerin für den Austausch von Informationen, den konstruktiven Dialog sowie als Sparring-Partnerin für die Stadt(-verwaltung) etablieren und in der Zukunft verstärkt gemeinsam den Weg in eine nachhaltigere Zukunft bestreiten. Wir sind uns sicher, dass eine stärkere Zusammenarbeit und Einbeziehung mit vielen positiven Effekten für alle Beteiligten einhergehen werden.

Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Politik, der Verwaltung der Stadt Köln und den Unternehmen im SWK-Konzern erweist sich bereits jetzt als kooperativ und äußerst sinnvoll. Um dies zukünftig weiterhin – und in Anbetracht der steigenden Anforderungen von verschiedenen Seiten – zu verstetigen, empfehlen wir:

- Die SWK GmbH steht politischen Akteuren in übergreifenden Fragen der Nachhaltigkeit (z. B. Reporting) als Ansprechpartnerin zur Verfügung, insbesondere bei der Prüfung der Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit der Vorhaben vor Eingang in den politischen Prozess.
- Die SWK GmbH steht der Verwaltung der Stadt Köln als Ansprechpartnerin für Nachhaltigkeitsfragen zur Verfügung. In vielen Fällen kann an die geeigneten Ansprechpartner im Konzern vermittelt werden oder eine Koordination des Anliegens ermöglicht werden, wenn nötig.

- Das Nachhaltigkeitsberichts Wesen des SWK-Konzerns ist insbesondere aufgrund der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und den Anforderungen des Taxonomie-Reportings bereits äußerst umfassend und nach anerkannten Standards. Deshalb empfehlen wir, dass keine weiteren Berichtsanforderungen bei Unternehmen des SWK-Konzerns verpflichtend werden wie die Gemeinwohlbilanzierung.
- Im Rahmen dieser gesetzlichen Anforderungen ist der Unternehmensverbund aufgefordert, umfangreiche Nachhaltigkeitsinformationen zu erheben und im Geschäftsbericht für das Bilanzjahr 2025 zu berichten. Der SWK-Konzern kann hier perspektivisch als Best Practice für andere Beteiligungen der Stadt Köln oder die Verwaltung dienen.

8. Digitale Transformation der Daseinsvorsorge umsetzen

Die Digitale Transformation der Daseinsvorsorge ist Basis für eine nachhaltige lebenswerte und zukunftsfähige Stadt. Sowohl die Stadt Köln als auch der Stadtwerke Köln Konzern haben daher bereits ganze Teile ihres Kerngeschäfts digitalisiert und neue digitale Produkte und Dienstleistungen geschaffen.

Menschen, Gegenstände und Daten werden sich – sektorübergreifend – intelligent vernetzen, da analoge und digitale Infrastrukturen und die diesbezüglichen Daten zusammenwachsen und übergreifend anwendbar sein werden. Künstliche Intelligenz (KI), Datenökosysteme, Smart Grid, virtuelle Kraftwerke, vorausschauende Wartung, autonomes Fahren, Internet-of-Things (IoT), integrierte Citylogistik und Elektromobilität sind nur einige Schlagwörter in einer sich digital transformierenden Welt, deren dynamische und komplexe Entwicklung keiner prognostizieren kann. Der Stadtwerke Köln Konzern stellt sich diesen Herausforderungen und will die Chancen der Digitalisierung innovativ nutzen und den Risiken resilient begegnen.

Die digitale Transformation beruht auf einem funktionierenden Ökosystem der digitalen Infrastrukturen. Dessen Basis sind leistungsfähiges Glasfaserinternet und lokale, nachhaltige Rechenzentren sowie eine robuste WLAN-Ausstattung, die seit Jahren erfolgreich vom Stadtwerke Köln Konzern über die NetCologne GmbH vorangetrieben werden. Mit digitalen Schulen, einem IoT-Netzwerk sowie dem Aufbau eines autarken deutschlandweiten Netzes für kritische Infrastrukturen (LTE 450 MHz Funknetz) und deren Anwendungen unabhängig vom Mobilfunk schaffen Gesellschaften des SWK-Konzerns mit dieser Infrastruktur ein digitales Ökosystem für Köln und die Region, das in dieser Form in Deutschland nicht nur Vorbildcharakter hat, sondern auch zur Weiterentwicklung Kölns als vernetzte, intelligente und resiliente Metropole beiträgt. Der Glasfaserausbau muss aber auch in Köln weiter mit aller Konsequenz vorangetrieben werden, damit Köln den Standortvorteil behauptet und das 100-Prozent-Glasfaseranschluss-Ziel bis 2030 der Gigabitstrategie der Bundesregierung möglichst frühzeitig erreicht.

Unsere Konzerngesellschaften bauen und unterhalten sichere und zuverlässige Infrastrukturen, wie die Strom-, Gas-, Wärme- oder Wasserversorgung aber auch Verkehrsinfrastrukturen, die zur Grundlage unseres modernen Lebens gehören und die Basis der notwendigen Energie-, Wärme- und Verkehrswende sind. Um ihren Beitrag zu deren Gelingen vor Ort leisten zu können, müssen die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge beständig weiterentwickelt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Weiterentwicklung und der Grundstein für die Entwicklung einer echten Smart City ist die intelligente Nutzung der aus dem Betrieb der Infrastrukturen gewonnenen Daten und deren Vernetzung mit weiteren, insbesondere städtischen Daten. So kann mit einer digitalisierten Infrastruktur unter intelligenter Datennutzung z. B. Energie effizienter eingesetzt, Mobilität optimal organisiert sowie Parksuchverkehr reduziert werden. Dies führt zu einer höheren Lebensqualität und einer geringeren Umweltbelastung in Köln sowie zu einer höheren Attraktivität und Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus können in neue Geschäftsfeldern Innovationen vorgenommen werden, die Margenverluste in klassischen Geschäftsfeldern ausgleichen können.

Um die vorstehenden Leistungen realisieren zu können, reicht jedoch die derzeitige Form des Austauschs von Daten nicht aus. Bislang wurden die Daten ausschließlich entlang der Wertschöpfungskette des jeweiligen Use Case aggregiert und genutzt. So wurden beispielsweise für das BikeSharing-System der KVB die Positionsdaten der Räder, Buchungs-, Verkehrs- und Wetterdaten aggregiert und in die KVB-Rad-App überführt. Übergreifende Synergieeffekte außerhalb der eigenen Wertschöpfungskette konnten nicht berücksichtigt werden. Der Stadtwerke Köln Konzern und die Stadt Köln haben daher das Kölner urbane Datenökosystem (KUDOS) geschaffen, das ab 2024 genutzt werden kann, um Daten sektor-/ und gesellschaftsübergreifend auszutauschen und nutzbar zu machen.

In der Vernetzung von Daten aus dem Betrieb kommunaler Infrastruktur, städtischen Daten und Daten stadtnaher sowie externer Unternehmen liegen insbesondere durch den Einsatz von KI-Werkzeugen große Potentiale. Eine solche Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge ist das Vehikel, um vor Ort lösungsorientierte Antworten auf Megatrends, wie der demographischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel, der Verstärkung mit einhergehender Verkehrsverdichtung sowie den gestiegenen Mobilitätsbedürfnissen und nicht zuletzt dem Klimawandel zu geben.

Die Unternehmen des Stadtwerke Konzerns sind als städtische Unternehmen geborene Partner, um Köln zusammen mit der Stadtverwaltung und weiteren stadtnahen Partnern zu einer „Smart City“ im Sinne einer intelligent digital transformierten Stadt weiterzuentwickeln. Öffentliche Unternehmen gewährleisten in besonderem Maße einen verantwortungsvollen und sicheren Umgang mit Daten und IT-Infrastruktur. Die durch die mehrheitlich städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Unternehmen des Stadtwerke Konzerns ausgeübte Kontrolle des Rates über den Stadtwerke Konzern spricht für eine präferierte Partnerschaft bei der Entwicklung der digitalen Daseinsvorsorge.

Aufbau eines Digitalen Parkraummanagements in Stadtteilen mit hohem Parkdruck

Ein gelungenes Beispiel für eine Smart-City-Anwendung ist das Digitale Parkraummanagementsystem, das von RheinEnergie und der Firma Clevercity von 2019 bis 2024 erfolgreich im Stadtteil Nippes in der Praxis verprobt wurde. Durch den Einsatz von intelligenter Sensorik an Straßenlaternen und elektronischen Hinweistafeln sowie der Entwicklung der App „Parkpilot“ konnte gezeigt werden, dass sich der Parksuchverkehr und damit die negativen Umweltauswirkungen wie CO₂-Ausstoß und Lärmbelastungen in Stadtteilen mit hohem Parkdruck deutlich reduzieren lassen. Eine Reihe von politischen Initiativen auf Bezirks- und Ratsebene (u. a. SPD Kalk und FDP Ratsfraktion) haben bereits die Einführung in anderen Stadtteilen gefordert.

Um die digitale Transformation der Daseinsvorsorge effizient und effektiv umsetzen und damit einen wesentlichen Schritt zu einer umfassenden Smart City gehen zu können, empfehlen wir folgende Maßnahmen:

Die digitale Transformation der Daseinsvorsorge kann nur funktionieren, wenn diese gemeinsam durch den Stadtwerke Köln Konzern und die Stadt Köln erfolgt.

Daher empfehlen wir die enge Einbindung des Stadtwerke Konzerns bei der Entwicklung und Umsetzung des „Masterplans Digitalisierung“ der Stadt Köln und den weiteren Schritten zur Entwicklung hin zu einer Smart City. Der Masterplan sollte insbesondere das gemeinsame Ziel der „Smart City“ verbindlich in Köln festlegen und konkrete Maßnahmen hieraus ableiten, priorisieren und in einer Roadmap operationalisieren. Die Umsetzung sollte mindestens jährlich transparent gemacht und validiert werden.

Darüber hinaus empfehlen wir die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie von Stadtwerke Köln Konzern und Stadt Köln für den mehrwertstiftenden Umgang mit Daten im Sinne einer Datenökonomie und deren Umsetzung, insbesondere durch KUDOS.

Aus Sicht des Stadtwerke Köln Konzerns bedarf es hierfür einer umfassenden Zentralisierung der Kompetenzen (Gestaltung und Umsetzung) für Digitalisierung innerhalb der Stadtverwaltung (im Sinne eines „Single Point of Contact, SPoC“) und einer Ausstattung mit Ressourcen, die der Bedeutung des Themas gerecht werden.

Bei zukünftigen Ausschreibungen empfehlen wir die Pflicht zur Übermittlung von Daten an die Stadt Köln standardisiert in jedes Pflichtenheft aufzunehmen (Bsp. Sharing-Anbieter).

Wir empfehlen die proaktive Unterstützung seitens der Politik und Verwaltung der Stadt Köln für den weiteren Ausbau digitaler Infrastrukturen durch den Stadtwerke Köln Konzern.

Wir empfehlen die Förderung der Ansiedlung von innovativen digitalen Unternehmen durch die Stadt Köln und deren aktive Einbindung in die lokale Umsetzung der Digitalen Transformation.

Wir empfehlen, dass die Stadt Köln das praxiserprobte, Digitale Parkraummanagement insbesondere in Stadtteilen mit hohem Parkdruck ausrollt und die Finanzierung sicherstellt. In Zweifelsfällen können auf Basis der in Nippes gewonnenen Daten Prognosen für andere Stadtteile erstellt und damit politische Entscheidungsprozesse unterstützt werden. Dafür steht der SWK-Konzern als Partner bereit.

Open-Data-Ansatz richtig umsetzen

Der SWK-Konzern begrüßt grundsätzlich den Ansatz, öffentliche Daten der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen (open-data Ansatz). Grundlegender Bestandteil der digitalen Transformation von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind die Erhebung und Verarbeitung von Daten aus dem Betrieb kommunaler Infrastrukturen. Daten aus dem Betrieb kritischer Infrastrukturen sind dabei natürlich besonders strengen Regeln unterworfen.

Im Zuge der open-data Bestrebungen besteht das Risiko, dass Kommunen und kommunale Unternehmen die Hoheit über die Daten aus dem Betrieb kommunaler Infrastrukturen an international tätige, nicht kooperativ agierende Unternehmen wie Google, Meta oder Microsoft verlieren (Datensouveränität). Dadurch würde auch kommunales Eigentum entwertet. Unternehmen wie der SWK-Konzern bzw. die Kommunen würden dann abhängig von diesen Unternehmen, die gegebenenfalls zudem diese Daten auf Servern außerhalb der deutschen bzw. europäischen Datenschutzregelungen lagern und verarbeiten würden.

Nicht alle kommunalen Daten sollten kostenfrei der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Wir empfehlen, dass zusammen mit der Stadt diejenigen Daten zu definieren sind, die einem Open-Data-Ansatz zugänglich sind. Wir empfehlen, keine grundsätzliche Verpflichtung kommunaler Unternehmen zur kostenfreien Bereitstellung öffentlicher Daten umzusetzen. Es ist essenziell, dass die Dienstleister der Daseinsvorsorge eine Datenhoheit über ihre Kunden- und Nutzerdaten behalten und nicht gegenüber ihren privaten Wettbewerbern einseitig benachteiligt werden. Dies gilt nochmal verstärkt für Daten aus dem Betrieb von kritischer Infrastruktur.

9. Transformation der Energie- und Wasserversorgung sicher, klimaschonend und bezahlbar umsetzen

Die RheinEnergie ist als Konzerngesellschaft des SWK-Konzerns zusammen mit ihren Beteiligungsgesellschaften (als RheinEnergie-Gruppe) für die sichere, bezahlbare und klimafreundliche Versorgung von 2,5 Mio. Menschen in Köln und in der rheinischen Region verantwortlich. Damit zählt die RheinEnergie zu den wichtigsten regionalen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland. Die guten Ergebnisse der RheinEnergie tragen maßgeblich zur Finanzierung von defizitären Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie öf-

fentlicher Nahverkehr und Schwimmbädern sowie einer deutlich positiven jährlichen Abführung des SWK-Konzerns an den städtischen Haushalt bei. Die RheinEnergie ist also ein wesentlicher Garant für den Erhalt der Lebensqualität in Köln.

Mit dem Ziel, die Klimaneutralität herzustellen, stehen die Stadt Köln sowie deren Beteiligungsgesellschaften vor einer Transformationsaufgabe mit Jahrhundertcharakter: Zum einen gilt es, auch mit lokalen Beiträgen die Klimaneutralität auf Bundesebene bis 2045 zu erreichen. Des Weiteren hat der Rat der Stadt den Beschluss gefasst, dass möglichst bis 2035 alle von der Stadt Köln selbst direkt beeinflussbaren Emittenten inkl. der Beteiligungsgesellschaften innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets nicht mehr Treibhausgase (THG) emittieren, wie sie sich über andere Wege binden lassen – sei es natürlich oder technisch. Die RheinEnergie-Gruppe ist in Köln und in der Region einer der zentralen Akteure dieser Transformation und plant dafür bis 2035 signifikante Investitionen in Höhe von 3,8 Mrd. Euro in die Energieinfrastruktur, davon allein 900 Mio. Euro in die Erweiterung und Verstärkung des Stromverteilnetzes und 800 Mio. Euro in die Fernwärme.

Neben der erfolgreichen Umsetzung der Transformation der Energie- und Wasserversorgung muss die RheinEnergie aber auch in Zukunft die verlässliche finanzielle Stütze des SWK-Konzerns bleiben. Die dafür aus Sicht der RheinEnergie besonders wichtigen Herausforderungen und Lösungsansätze werden im Folgenden vorgestellt.

Eine erfolgreiche Wärmewende ist zentral für die Erreichung der Klimaneutralität

Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist eine der maßgeblichen Stellschrauben zur Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland und vor Ort in Köln. Der ideale Lösungsansatz ist aber von Kommune zu Kommune unterschiedlich und hängt unter anderem von der Siedlungsdichte, der Gebäudestruktur und den Möglichkeiten für den Einsatz von Erneuerbaren Energien vor Ort ab. Deshalb muss jede Kommune eine eigene kommunale Wärmeplanung erarbeiten. Köln ist gesetzlich verpflichtet, bis zum 30. Juni 2026 diesen kommunalen Wärmeplan (KWP) vorzulegen. Dieser beschreibt, welche Gebiete in der Kommune in Zukunft auf welcher Weise mit Wärme (z.B. dezentral oder leitungsgebunden) versorgt werden sollen und in welcher Weise Erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme genutzt werden können.

In dichtbesiedelten Metropolen wie Köln bietet die Fernwärmeversorgung aus perspektivisch vollständig klimaneutraler Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Verbindung mit Großwärmepumpen große Potentiale, um auf gesamtwirtschaftlich effizienten und kostengünstigen Weg maßgebliche CO₂-Minderrungen zu realisieren.

Kommunale Wärmeplanung durch Einbindung von Energieversorger und Netzbetreiber effizient planen und umsetzen

Die RheinEnergie-Gruppe nimmt als Betreiber von Wärme-, Gas- und Stromnetzen eine Schlüsselrolle in der Wärmeversorgung der Stadt Köln ein. Sie sind maßgeblich für den notwendigen Aus- und Umbau der erforderlichen Energieinfrastrukturen verantwortlich. Der Aus- und Umbau der Netzinfrastuktur (Wärme, Strom und Gas) erfordert sehr hohe Investitionen, die im historischen Kontext einmalig sind. Der Umbau der Wärmeversorgung ist eine Jahrhunderaufgabe, die in wenigen Jahrzehnten zu bewältigen ist. Die Stadtverwaltung hat die Bedeutung und den Umfang der Dekarbonisierung der Kölner Wärmeversorgung erkannt und dieses Projekt auch zum Schlüsselprojekt der Kölner Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ gekürt. Den Rahmen gibt die Stadt Köln in der kommunalen Wärmeplanung (KWP) vor. Für eine möglichst schnelle und effiziente Planung und Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung ist es notwendig, dass die Stadt sich mit der RheinEnergie-Gruppe abstimmt und auf geleistete Vorarbeiten zurückzugreift.

Wir empfehlen, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln bestehende oder sich in Entwicklung befindende Netzentwicklungs-, Transformations- und Wärmenetzausbau- und

Dekarbonisierungsfahrpläne sowie energetische Quartierskonzepte der RheinEnergie-Gruppe als unmittelbaren Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Köln aufnimmt. Andernfalls drohen Ineffizienzen im gesamten Wärmeversorgungssystem (z.B. parallele Infrastrukturen, sunk costs), die alle Kunden zahlen müssten, aber vermeidbar wären.

Technologieoffenheit im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung

Die zukünftige Rolle der Gasnetze ist eng mit dem Hochlauf und den Einsatzmöglichkeiten von dekarbonisiertem Wasserstoff verknüpft. Da diese Entwicklung mit hohen Unsicherheiten, aber auch Chancen verknüpft ist, bedarf es eines sensiblen Umgangs mit der Weiterentwicklung des bestehenden kommunalen Vermögenswertes „Gasnetz“. Rahmenbedingungen können sich zukünftig ändern und Spielraum für aktuell als wenig wahrscheinlich geltende Wärmeversorgungslösungen schaffen.

Wir empfehlen, dass im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung keine voreiligen Technologie-Vorfestlegungen vorgenommen, sondern die Wahl der Technologien offengehalten wird.

Erfolg der Wärmewende durch Steigerung der Sanierungsrate und -tiefe sichern

Um perspektivisch eine vollständige Dekarbonisierung der Wärmebereitstellung aus Erneuerbaren Energien und unvermeidbarer Abwärme zu gewährleisten, ist der Effizienz der Wärmeversorgung im Gebäudesektor eine hohe Bedeutung beizumessen. Energetische Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand und hohe Standards im Neubau sind für die effiziente Wärmebereitstellung von außerordentlicher Bedeutung und ein wesentlicher Garant für das Gelingen der vollständigen Dekarbonisierung im Wärmesektor.

Wir empfehlen, dass die Stadt für die Steigerung der Sanierungsrate und -tiefe die notwendigen Anreize schafft. Dies kann bspw. durch Förderungen, Erleichterungen bei der Umsetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung erfolgen. Wir empfehlen eine Vorbildfunktion des öffentlichen Sektors und den Einsatz der Stadt Köln gegenüber Bund und Land für die Schaffung entsprechender Anreize.

Die Wärmewende benötigt auch zusätzliche Flächen

Im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung werden auch Gebiete ausgewiesen, die durch Nahwärmelösungen versorgt werden sollen. Die Realisierung dieser Nahwärmelösungen benötigt Flächen, beispielsweise zur Errichtung von sogenannten Energiezentralen von Nahwärme-Inseln, die aus einem Zusammenschluss verschiedenen Erzeugungsanlagen bestehen können.

Darüber hinaus müssen auch die Stromnetze verstärkt werden, um den sich erhöhenden Bedarf an elektrischer Leistung für Elektromobilität, PV-Zubau und Wärmepumpen decken zu können. Dafür werden zusätzliche Trafostationen benötigt.

Wir empfehlen, dass die Stadt im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung die für die Wärmewende dringend benötigten Flächen ausweist bzw. zur Verfügung stellt, z. B. für Energiezentralen von Nahwärme-Inseln oder auch für zusätzliche Trafostationen.

Unterstützung für Bautätigkeiten im Rahmen der Wärmewende

Die Wärmewende, vor allem der Ausbau der Fernwärme sowie der Stromnetze, erfordert kontinuierlich umfangreiche Bautätigkeiten in den nächsten 10 Jahren. Diese wird zu einer

Vielzahl von zu genehmigenden Baustellen führen, die erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsführung und den Verkehrsfluss haben werden. Dies darf keine weitere Hürde für die Umsetzung der Transformationstätigkeiten werden, die die Dekarbonisierung unserer Stadt verzögert. Diese Situation ist besonders herausfordernd, da sich der Umbau der Infrastrukturen und damit auch die Anforderungen an das Verkehrssystem über die nächsten Jahre strecken wird.

Um die Wärmewende und somit den gewünschten Beitrag für das Erreichen der Kölner Klimaziele erfolgreich umzusetzen, sind in den nächsten 20 Jahren umfangreiche Bautätigkeiten in Köln notwendig.

Wir empfehlen hierfür die uneingeschränkte Unterstützung durch Politik und Verwaltung der Stadt Köln und insbesondere schnelle, pragmatische Verwaltungsverfahren.

Wir empfehlen zudem eine gemeinsame Informationskampagne von Stadt und RheinEnergie zur frühzeitigen Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die anstehenden Arbeiten vor.

Anwendung neuer Technologien ermöglichen

Die Umsetzung der Energie- und insbesondere auch der Wärmewende bedeutet den Einsatz von bisher in Deutschland wenig erprobten Technologien, wie Großwärmepumpen, Wasserstoffelektrolyseuren oder wasserstoffbefeuerten Kraftwerken. Dies bringt Genehmigungsverfahren und Umsetzungsfragen mit sich, für die es deutschlandweit, und somit auch unvermeidbar in Köln, noch kaum bzw. gar keine Praxiserfahrungen. Derartige Projekte können nur im engen Schulterschluss zwischen den als Bauherren auftretenden Beteiligungen der Stadt sowie der verantwortlichen Genehmigungsbehörden effizient vorangetrieben werden. Alle Beteiligten müssen akzeptieren, dass sie zusammen eine Vorreiterrolle einnehmen und zusammen auf viele Fragen gemeinsam Antworten finden müssen.

Um die Vorteile neuer Technologien schnell für eine effiziente Energie- und Wärmewende nutzen zu können, empfehlen wir uns einen engen und konstruktiven Austausch mit allen involvierten kommunalen Genehmigungsstellen, damit die relevanten Sachverhalte frühzeitig besprochen und schnell beschieden werden können.

Um einen reibungslosen Ablauf der Genehmigungsprozesse gewährleisten zu können, empfehlen wir einen engen Austausch von RheinEnergie, Stadt Köln und Bezirksregierung über Ziele und Umsetzungsvorhaben.

Wir empfehlen, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln zu einer Priorisierung der politischen Ziele kommen. Die Anforderungen aus z. B. Umweltschutz (Artenschutz, Baumsatzung) und Denkmalschutz, dürfen die Erreichung der Wärmewende nicht behindern, wesentlich verteuern oder gar unmöglich machen.

Durch engen Austausch mit dem Land NRW optimale Rahmenbedingungen für die Energiewende vor Ort sichern

Die Transformation der Energieversorgung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Somit spielt auch das Land NRW eine bedeutende Rolle für das Gelingen der Energiewende. Aus diesem Grund müssen die Abstimmungsprozesse zwischen der Stadt Köln und dem Land NRW effizient gestaltet werden und die Stadt Köln sollte ihren Einfluss auf die Landesgesetzgebung nutzen, um die bestmöglichen Ergebnisse in der Auflage von Fördermitteln und der Umsetzung von Bundesgesetzen in Landesrecht zu erreichen.

Wir empfehlen, dass sich Politik und Verwaltung der Stadt Köln gegenüber dem Land für das Aufsetzen und die Verstetigung relevanter NRW-Förderprogramme einsetzt, z. B. Sanierungsförderung für Wohnungsbaugesellschaften sowie Förderung von Quartierslösungen, Nahwärmenetzen und Hybridheizungen.

Wir empfehlen, dass sich Politik und Verwaltung der Stadt Köln gegenüber dem Land für eine schnellstmögliche Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) auf Landesebene ohne Verschärfung der Anforderungen einsetzt.

Den Ausbau Erneuerbarer Energien in Köln voranbringen

Bezogen auf die Flächen in Köln, ist die RheinEnergie der größte Solarenergie-Erzeuger in der Stadt. Ihre 30 Kölner Anlagen haben eine Leistung von rund 4 Megawatt (MW). Einschließlich der überregionalen Anlagen besteht eine installierte Leistung von rund 87 MW beziehungsweise über 40.000 mit Sonnenstrom versorgten Haushalten. Die RheinEnergie treibt den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie weiter voran. Zusammen mit der Stadt Köln, dem Handwerk und weiteren Partnern engagieren wir uns dafür, die Solarenergie stärker zu nutzen. In der Kölner Stegerwaldsiedlung etwa versorgt die RheinEnergie auf diese Weise in Kombination mit Wärmepumpen und Fernwärme rund 700 Wohneinheiten klimaschonend mit Strom und Wärme. Nach einer Studie des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) gibt es in Köln ein theoretisches Potential zur Realisierung von allein 1.417 MW für PV-Freiflächenprojekte (LANUV 2022) und 123 MW für Windenergie (LANUV 2012). In einer aktualisierten Studie des LANUV aus dem Jahr 2023 wurde erneut auf das bisher ungenutzte Flächenpotential hingewiesen. Als Kölner Versorger ist die RheinEnergie sehr daran interessiert, weitere sinnvolle Erneuerbare-Energien-Projekte auf dem Kölner Stadtgebiet zu realisieren. Zum Erreichen der Kölner Klimaschutzziele ist es auch unerlässlich, diese Potentiale kurz- und mittelfristig zu erschließen.

Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Köln maßgeblich voranzubringen, empfehlen wir folgende Maßnahmen:

Windenergie-Projekte:

- Für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende vor Ort in Köln ist es erforderlich, dass die Flächen „Wind Kölner Norden“ im Regionalplan (Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien) aufgenommen werden. Sofern dies nicht geschehen, empfehlen wir, umgehend die Positivplanung (d.h. Anpassung des Flächennutzungsplans der Stadt Köln) für die beiden Gebiete („Worringen“ und „A57“) vorzubereiten.
- Des Weiteren ist die Sicherung der städtischen Flächen für die Windprojekte im Kölner Norden möglichst zeitnah umzusetzen, damit darauf basierend die abgesicherte weitere Projektentwicklung erfolgen kann.

PV-Projekte:

- Die Sicherung der städtischen Flächen für Freiflächen-PV-Projekte im Kölner Stadtbereich ist möglichst zeitnah umzusetzen, damit darauf basierend die abgesicherte weitere Projektentwicklung (z. B. „PV Dünwald“) erfolgen kann.
- Weiler: Der Bauantrag für „PV Versickerungsgrube Weiler“ ist in Vorbereitung. Nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde ist auch eine Artenschutzprüfung (ASP 2) erforderlich. Dennoch soll der Bauantrag bereits eingereicht und die Ergebnisse der ASP 2 nachgeliefert werden. Hier empfehlen wir die Unterstützung des Vorgehens zur Beschleunigung der Umsetzung durch die Stadtverwaltung.

- Rondorf: Bauantrag wird aktuell vorbereitet und soll möglichst noch im Frühjahr 2024 eingereicht werden. Sofern Gutachten erforderlich werden, die zum Zeitpunkt der Antragseinreichung noch nicht vorliegen, werden diese nachgereicht. Dies soll zu keinen Verzögerungen bei der Bearbeitung führen.
- Flächenanalyse:
 - Stadt Köln/Klimaaktionsplan: Stadt hat eigene Flächenpotenzialstudie im Vorfeld zum Aktionsplan in Auftrag gegeben. Wir empfehlen, die Ergebnisse zur Verfügung zu stellen.
 - Wir empfehlen die Ausweisung weiterer innerstädtischer Flächen zur Nutzung für PV-Freiflächenanlagen, auch Wasserflächen.
 - Wir empfehlen die Ausweisung von Flächen (anteilig) aus Gewerbegebieten, die mehr als 10 Jahre brachliegen, z. B. im Gewerbegebiet Poll (Ost).
- Wir empfehlen, langfristige Verträge für PV-Anlagen auf städtischen Dächern zu ermöglichen.
- Wir empfehlen die finanzielle Unterstützung für Untersuchungen (z. B. Statik) zur Nutzung von Bestandsgebäuden für PV, insbesondere Industrie, Gewerbe und Wohnungsbaugesellschaften.

Die Energiewende findet in den Verteilernetzen statt

Die Energiewende findet in den Verteilernetzen statt. Der Zubau Erneuerbarer Energien oder das Laden eines Elektroautos – nichts funktioniert ohne ein solides Verteilernetz. Eine erfolgreiche kommunale Klimaschutzpolitik, z. B. in der Energieerzeugung, in der Wärmeversorgung und im Verkehr, braucht eine nachhaltig bewirtschaftete kommunale Netzinfrastruktur als essenziellen Baustein der Daseinsvorsorge.

Die Rheinische NETZGesellschaft mbH (RNG) ist als Teil der RheinEnergie-Gruppe ein Konzernunternehmen des SWK-Konzerns und ein regionaler Verteilnetzbetreiber, der in der rheinisch-bergischen Region rund 1,5 Millionen Kunden vom Einfamilienhaushalt über kleine und mittlere Gewerbebetriebe bis zu großen Industrieunternehmen sicher und zuverlässig mit Strom und Gas versorgt. An das rund 24.000 km lange Stromnetz sind mehr als 26.000 dezentrale Erzeugungsanlagen angeschlossen, Tendenz stark ansteigend.

Neben regenerativen Erzeugungsanlagen müssen zukünftig auch in steigendem Umfang private und öffentliche Ladestationen von Elektroautos und Wärmepumpen in das bestehende Stromnetz integriert werden. Um diese neuen Verbraucher schnell und ohne Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit anschließen zu können, müssen wir die Netzkapazität im Stromnetz verdreifachen. Zwei Themen stehen somit in den nächsten Jahren im Fokus: Netzausbau und Digitalisierung.

Für den notwendigen Netzausbau sind hohe Investitionen notwendig. Im Gegensatz zu den Vorjahren, müssen die Investitionen nahezu verdoppelt werden. Dafür braucht es einen attraktiven Regulierungsrahmen und annehmbare Finanzierungsbedingungen, die neben den Vorgaben der Bundesnetzagentur auch auf kommunaler Ebene maßgeblich positiv beeinflusst werden können.

Um bei Kunden, die einen Netzausbau bedürfen, möglichst schnell Netzanschlüsse realisieren zu können, sollte die effizientere Gestaltung von Genehmigungsprozessen sowie deren medienbruchfreie Automatisierung/Digitalisierung im Zusammenspiel zwischen der Stadt und der RheinEnergie bzw. RNG etabliert werden. Alle Ansätze sollen kontinuierlich geprüft und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Transformation der Energienetze ist zentraler Baustein für eine erfolgreiche Energie- und Wärmewende in Köln. Wir empfehlen, dass die Stadt durch folgende Maßnahmen die Transformation positiv unterstützt:

Die Strom- und Gasnetze bilden das Rückgrat einer erfolgreichen kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik. Mit dem Umbau der Energieerzeugung, der zunehmenden Elektrifizierung des Verkehrs- und des Wärmesektors sind zusätzliche Investitionen notwendig, um die Versorgungssicherheit weiterhin gewährleisten zu können.

Wir empfehlen, dass sich Politik und Verwaltung der Stadt Köln gegenüber dem Bund für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung im Rahmen der regulatorischen Vorgaben für die Verteilernetze sowohl bei Strom als auch bei Gas einsetzt.

Wir empfehlen, die effizientere Gestaltung von Genehmigungsprozessen sowie deren medienbruchfreie Automatisierung/Digitalisierung anzugehen. Dies gilt medienübergreifend auch für die Wasserversorgungs- und Fernwärmenetze.

Ein Ausbau der Energieversorgungsnetze kann nur mit dem Bau von entsprechenden oberirdischen Anlagen einhergehen. Die RNG ist bestrebt, den Flächenverbrauch auch weiterhin auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Um zügig voranzukommen, empfehlen wir eine stärkere Unterstützung der Stadt Köln bei der Flächenausweisung.

10. Ausbau der Elektromobilität als wesentlicher Beitrag zur Kölner Verkehrswende

Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der Klimaneutralität in Köln. Die SWK-Unternehmen TankE als E-Mobilitätsunternehmen der RheinEnergie, die SWK GmbH, die KVB und die HGK treiben die Verkehrswende durch Elektrifizierung des Individualverkehrs, des ÖPNV und des Schiffverkehrs in Köln maßgeblich voran.

Der Markt für das Laden von E-Fahrzeugen wächst dynamisch. Der Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur ist dabei von hoher lokaler Wertschöpfung geprägt. Allein in Köln ist bis 2030 von einem Investitionsvolumen von rd. 150 Mio. € für Ladeinfrastruktur auszugehen. Der Bedarf an öffentlichen Ladepunkten wird bis 2030 auf 7.000 bis 8.000 Ladepunkte prognostiziert. Die meisten davon auf privatem Grund.

Auch der Bedarf an Ladepunkten im öffentlichen Straßenland wird deutlich steigen. Um dies abzubilden, hat die Stadt Köln die Stadtwerke Köln GmbH bereits 2019 damit betraut, 200 Ladestationen (400 Ladepunkte: LIS I) im öffentlichen Straßenland zu errichten. Diese verteilen sich flächendeckend auf alle neun Stadtbezirke. So bietet sich den Bürgern auch in Gegenden, die für den Betrieb von Ladesäulen wirtschaftlich weniger attraktiv sind, die Möglichkeit, ihr E-Fahrzeug zu laden.

Nach Umsetzung der ersten Ausbaustufe, folgte im Juni 2021 der Beschluss für eine zweite Ausbaustufe mit weiteren 500 Ladestationen (1000 Ladepunkte: LIS II) deren Umsetzung durch die SWK GmbH bis 2026 abgeschlossen werden soll. Auch hier steht die Daseinsvorsorge im Mittelpunkt und es wird eine flächendeckende (entsprechend der Einwohnerzahl) Breitstellung von Ladeinfrastruktur gewährleistet.

Die TankE trägt besonders zum Aufbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobile in Köln bei. Sowohl auf öffentlichem als auch auf halb- und nicht-öffentlichem Straßenland bietet die TankE in und für Köln eine der dichtesten Ladeinfrastrukturen Deutschlands an, die durch das von ihr betreute TankE-Netzwerk in der Region ergänzt wird. Für u. a. die im LIS I und LIS II Projekt errichteten Ladepunkte übernimmt die TankE darüber hinaus auch den Betrieb der Ladesäulen.

Am Ausbau von Mobilitätshubs wird sich die TankE, wenn möglich, mit Ladestationen beteiligen, um Elektroautos, Leihfahrräder und den ÖPNV mit dem Ziel nutzbarer und attraktiver zu machen, um den Individualverkehr möglichst umweltschonend zu gestalten.

Die Parkflächen im öffentlichen Straßenland sind begrenzt und der Verkehrsträger E-Auto sollte bei den Elektromobilitätskonzepten eine bedeutende Rolle spielen, vor allem in den Gebieten, in denen momentan viele Wege mit dem PKW beginnen oder enden bzw. viel Quell- und Zielverkehr stattfindet. Bedingt durch den begrenzten Raum werden in Zukunft Ladesäulen auch auf fiskalischen Flächen, d. h. auf Stellflächen an Schulen, Kitas, Hochschulen, Schwimmbädern, Friedhöfen etc., relevant. Dafür müssen Überlegungen angestellt werden, welche Flächen dafür zu welchen Zeiten in Frage kämen. Die meisten Stellplätze an Schulen und Kitas sind lediglich während der Anwesenheit des Personals belegt, d. h. Montag bis Freitag etwa von 7 bis 17 Uhr. Außerhalb dieser Zeiten könnten Stellplätze mit und ohne Ladesäule auch der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Elektromobilität heißt auch Strom für Schiffe in der „Liegezeit“

In Köln belastet auch der innenstadtnah ankernde Tourismus-Schiffsverkehr die Luftqualität. So stammt fast ein Viertel der verkehrsbedingten NOX-Emissionen in Köln von Binnenschiffen. Mit ihren „Stromtanken“ für Schiffe (sogenannter „Landstrom“) bietet die RheinEnergie eine umweltfreundliche und für die Nutzer (auch durch den Stromsteuerrabatt) preisgünstige Alternative zur Stromversorgung durch Schiffsdiesellagregate.

Elektromobilität heißt auch Ladeinfrastruktur für schwere E-Lkw

Ein wichtiger Beitrag für die Daseinsvorsorge durch die Unternehmen des SWK-Konzerns ist die Bereitstellung von Transport- und Umschlagsleistungen zur Sicherstellung der Versorgung der Kölner Haushalte und Unternehmen mit Leistungen und Gütern (Rohstoffe, Lebensmittel etc.). Hierfür müssen auch im Stadtgebiet schwere Lkw eingesetzt werden, die in Zukunft idealerweise elektrisch oder mit anderen alternativen Antriebsformen betrieben werden. Für den Betrieb einer geeigneten Flotte braucht es somit eine leistungsfähige, über das Stadtgebiet intelligent verteilte Ladeinfrastruktur für schwere E-Lkw. Aktuelle und zukünftige Modelle der schweren E-Lkw leisten durch die technologische Evolution einen relevanten Beitrag zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen unter Beibehaltung der logistischen Volumina und Leistungsfähigkeit.

Elektromobilitätsangebote der KVB

Bei der KVB erfolgt der Stadtbahnbetrieb bereits heute mittels 100 % Ökostrom. Im Dezember 2016 erfolgte der Betriebsstart der ersten rein elektrisch betriebenen E-Bus-Linie im Innenstadtbereich. Die KVB plant, den Ausbau der Elektromobilität weiter fortzuführen und damit einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung der Schadstoffemissionen in der Stadt zu leisten.

Im Bundeshaushalt sind jedoch aktuell schmerzhaft Kürzungen für Schiene und ÖPNV zu verzeichnen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat im Januar 2024 u. a. die Mittel bei der E-Busförderung drastisch gekürzt. In den letzten Monaten wurden bereits zahlreiche Förderabsagen mit fehlenden Haushaltsmitteln begründet. Nun wurden die Mittel für die E-Busförderung um fast 77 Mio. Euro abgesenkt. Die Umstellung der Busflotten und der Infrastrukturen wird damit erheblich erschwert bzw. kann zum Erliegen führen. Die Zustimmung der Bundesregierung zur europaweit gültigen CO₂-Flottengrenzwerteverordnung, die 90 Prozent elektrische Stadtbusse ab 2030 vorsieht, erfordert einen Investitionshochlauf, der schon viele Jahre vorher ansetzen muss. Demzufolge müssten die Mittel zur Förderung vielmehr aufgestockt und nicht gekürzt werden.

Um den weiteren Ausbau von Elektromobilitätsangeboten und den Ausbau der Elektromobilitätsinfrastruktur in Köln voranzubringen und durch ein umfangreiches Angebot möglichst viele Kölnerinnen und Kölner zum Umstieg auf die Elektromobilität zu bringen, schlagen wir der Politik und der Verwaltung der Stadt Köln folgende Maßnahmen vor:

Zur schnellen Umsetzung der Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs, des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Schiffsverkehrs empfehlen wir Politik und Verwaltung der Stadt Köln,

- den weiteren Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur in Köln zu unterstützen,
- stadteigene Parkhäuser mit Ladestationen auszustatten,
- weitere Flächen (z. B. Schulparkplätze, Kitas, Hochschulen, Schwimmbäder, Friedhöfe, städtische Parkhäuser) im Eigentum der Stadt Köln für öffentliche Ladestationen zu aktivieren,
- den Wechsel auf E-Mobilität durch kommunale Anreize zu ergänzen, wie die Förderungen für die Nutzung von E-Mobilität (z.B. städtische Flotten),
- die RheinEnergie und TankE bei der Smart City Partnerschaft „Mobilität / Verkehr“ einzubeziehen,
- Innovations-, Forschungs- und Pilotprojekte (z.B. im Rahmen der Elektromobilität) zu unterstützen,
- den frühzeitigen Austausch bei der Genehmigung von Ladeparks möglich zu machen, um die erforderliche Infrastruktur rechtzeitig bereitstellen zu können,
- sich gegenüber Bund und Land für eine Fortführung und Verstetigung der Landstromförderung in Köln einzusetzen,
- die wirtschaftlich sinnvolle Bereitstellung geeigneter Ladeinfrastruktur für schwere E-Lkw an verkehrseffizienten Standorten in Köln zu unterstützen.

11. Für eine sichere und zuverlässige öffentliche Wasserversorgung

Die öffentliche Wasserversorgung ist im Hinblick auf die kommunale Daseinsvorsorge von zentraler Bedeutung und steht zunehmend im Fokus der Aufmerksamkeit. Die Resilienz und damit auch die Gewährleistung der Versorgungssicherheit gewinnen im Zuge von Klimawandel und sich ändernden geopolitischen Rahmenbedingungen zunehmend an Bedeutung. Die damit verbundenen, notwendigen Anpassungen der Infrastrukturen stellen die Wasserwirtschaft vor enorme Herausforderungen. Da auch der Fachkräftemangel gerade mit Wucht zu den Versorgern, ihren Dienstleistern und den Genehmigungsbehörden durchdringt, wird es zunehmend schwerer, die hohen Investitionsbedarfe in die Tat umzusetzen. Für eine zeitgerechte Anpassung und Modernisierung der KRITIS-Infrastruktur bedarf es eines gemeinsamen Agierens der städtischen Akteure, möglichst auf Basis eines umfassenden Modernisierungsansatzes, der dem Gedanken des Bürokratieabbaus folgt.

Wir empfehlen, dass die wasserwirtschaftlichen Genehmigungs- und Planungsverfahren stark vereinfacht werden. Ziel sollte die Etablierung standardisierter Genehmigungsprozesse sein, d. h., dass bei sich wiederholenden Genehmigungen nicht alle Genehmigungsschritte wie bei einer erstmaligen Genehmigung einzuhalten sind, „abgespeckte“ Verfahren sollten reichen.

Wir empfehlen, Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren einfach, schlank und pragmatisch durchzuführen.

12. Starker öffentlicher Personennahverkehr als wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Köln

Die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB), eine Konzerngesellschaft des SWK-Konzerns, gehört zu den größten Nahverkehrsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und beförderte im Jahr 2023 über 235,8 Millionen Fahrgäste. Die KVB verfolgt das Ziel, die Umsetzung einer nachhaltigen Mobilitätswende weiter voranzutreiben und dabei einer der zentralen Partner der Stadt zur Umsetzung der städtischen Klimaschutzziele zu sein.

Es gibt jedoch zahlreiche externe Faktoren, die auf die Nachfrage- und Kostensituation der KVB wirken. Neben allgemeinen Entwicklungen, wie der steigenden Inflation, Lieferkettenstörungen, Lieferengpässen und allgemeinen Kostenerhöhungen sieht sich die KVB insgesamt zunehmend regulierenden Einflüssen wie beispielsweise der Umsetzung des Deutschlandtickets oder der europäischen Clean Vehicle Directive ausgesetzt. Die Einführung des Deutschlandtickets führt dabei zu einer deutlich verschlechterten Nutzerfinanzierung. Zusätzlich wirkt der branchenweite Arbeitskräftemangel auf die betriebliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Weiterhin bestehen Planungsunsicherheiten, die beispielsweise durch Verzögerungen im Stadtbahnausbau und bei Brückensanierungen entstehen.

Die Nachfrageentwicklung wird dazu führen, dass sich erneut Kapazitätsengpässe einstellen werden. Der Ausbau der Infrastruktur, der Betriebshöfe und der Abstellanlagen bleibt insofern weiter erforderlich, damit der ÖPNV langfristig besser, flexibler, einfacher und innovativer gestaltet werden kann. Diese Erfordernisse führen jedoch auch zu einem wachsenden Finanzierungsbedarf für die Mobilitätswende. Dem entgegen steht die deutlich angespannte Haushaltssituation von Bund, Ländern und Kommunen. Im Ergebnis gerät die KVB durch die aufgezeigten Entwicklungen in ein Spannungsgefüge, welches sich aus den Anforderungen an die Umsetzung der Mobilitätswende auf der einen Seite und den entstehenden Finanzierungsherausforderungen auf der anderen Seite ergibt.

Zur Erreichung des Fahrgastpotentials von rund 340 Mio. Fahrgästen im Jahr 2035 ist die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen erforderlich. Hierzu zählen u. a. der Ausbau des Stadtbahnangebotes auf Basis der ÖPNV-Netzentwicklung bis 2032 (inkl. der Ausbau der Ost-West-Achse, bei gegebener Förderfähigkeit bevorzugt in Tunnellage), die Erneuerung und Erweiterung des gesamten Stadtbahnfuhrparks, die Weiterentwicklung des aktuellen Busnetzes sowie zusätzliche Abstell-, Werkstatt und Ladekapazitäten. Zusätzlich steht die digitale Vernetzung und die Weiterentwicklung der Mobilitätsangebote des Umweltverbundes im Vordergrund. Die Attraktivität des Angebotes wird dabei durch ein Netz von Mobilstationen, dem bereits gut etablierten KVB-Rad und durch weitere Mobilitätskooperationen sichergestellt. Für einen einfachen Zugang zu den jeweiligen Angeboten baut die KVB ihre digitale Mobilitätsplattform (KVB-App) weiter aus. Um die betriebliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens zu erhalten und auszubauen, steht ebenfalls die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fokus.

Die benannten Maßnahmen tragen dazu bei, die Mobilitätswende erfolgreich und zukunftsorientiert umzusetzen. Da eine gesicherte Finanzierung dafür wiederum die Voraussetzung ist und die aufgezeigten Maßnahmen zu erheblichen wirtschaftlichen Konsequenzen führen, bedarf es hinsichtlich der Finanzierung der Mobilitätswende einer engen Abstimmung zwischen KVB, SWK GmbH und der Stadt Köln. Wir empfehlen, dass sich Politik und Stadtverwaltung für eine gesicherte Finanzierung der Mobilitätswende einsetzen.

Wir empfehlen, die Abstimmung hinsichtlich der realistischen Umsetzung der ÖPNV-Netzentwicklung auf Basis der Zielnetzmaßnahmen 2032 im Sinne der Beschleunigung der Mobilitätswende zu optimieren.

Wir empfehlen, dass sich die Politik und die Verwaltung der Stadt Köln im Rahmen des SUMP für eine klare Aufteilung des Verkehrsraumes unter Beachtung der Anforderungen des ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende einsetzen. Dies umfasst z. B. auskömmliche Fahrbahnbreiten, Vorrangschaltungen an Ampeln und die Einrichtung von reinen Busspuren – ohne eine gemeinsame Nutzung mit Radfahrern und E-Autos, die den ÖPNV hier ausbremsen – an geeigneten Stellen im Stadtgebiet (.). Hierdurch kann in der Stadt Köln die Attraktivität des Busses im Vergleich zum PKW gesteigert werden.

Ausbau Ost-West-Achse

Die KVB hält den Tunnel in der Innenstadt aus betrieblicher Sicht für die richtige Lösung. Er würde einen deutlich störungsfreieren, zuverlässigeren und vor allem auch schnelleren Stadtbahn-Betrieb ermöglichen. Außerdem würde eine Vielzahl von Unfällen vermieden werden.

Die KVB empfiehlt, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln zügig eine Entscheidung über den Ausbau der Ost-West-Achse, bevorzugt in Tunnellage, treffen. Voraussetzung dafür ist die Förderfähigkeit und damit ein positiver Kosten-Nutzen-Faktor.

Rahmenbedingungen des Deutschlandtickets zukunftssicher gestalten

Das Deutschlandticket ist das bisher größte Reformprojekt im deutschen ÖPNV, welches die Verkehrsunternehmen und -verbände, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Einführung in Rekordzeit, vor viele Herausforderungen gestellt hat. Seit der Einführung am 01.05.2023 haben laut Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) bundesweit rund elf Millionen Fahrgäste ein Deutschlandticket erworben. Als wesentlicher Kritikpunkt ist jedoch die ausstehende finanzielle Planungssicherheit für Verkehrsunternehmen und damit auch für die KVB zu sehen.

Die aktuelle Zwischenbilanz des VDV zeigt, dass die Einnahmen aus dem Ticket die Defizite fehlender Einnahmen aus bisherigen Ticketverkäufen absehbar nicht ausgleichen können. Weiterhin weist der VDV darauf hin, dass eine dauerhafte Planungssicherheit und auskömmliche Finanzierung nicht nur für die Verkehrsunternehmen wichtig sind, sondern auch für die Nutzer. Im Land NRW ist vor diesem Hintergrund die Verstetigung der zusätzlich bereit gestellten Mittel für Sozial- und Schülerticketangebote im Rahmen des Deutschlandtickets wichtig, auf Bundesebene die Verstetigung des Angebotes des Deutschlandsemestertickets. Gleichzeitig ist die Bereitstellung zusätzlicher Finanzierungsmittel für die Gestaltung und den Ausbau der Mobilitätswende unerlässlich.

Die KVB empfiehlt Politik und Verwaltung der Stadt Köln, sich insbesondere gegenüber dem Land dafür einzusetzen, eine auskömmliche Finanzierung und dauerhafte Planungssicherheit beim Deutschlandticket herzustellen. Sofern diese nicht sicherzustellen ist, muss es den Kommunen wieder möglich sein, durch eigene regionale Tarif- und Vertriebsangebote einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV vor Ort sicher zu stellen.

Attraktivität des ÖPNV durch mehr Sicherheit steigern

Fahrgäste der KVB haben das Bedürfnis nach mehr Sicherheit in Fahrzeugen und an Haltestellen. Die aktive Präsenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nach Möglichkeit flächendeckend im Stadtgebiet und auf allen abgehenden Linien, trägt maßgeblich dazu bei, das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Die Präsenz von KVB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern – wenn möglich zusammen mit der Polizei – ist ein wichtiger Beitrag, um die Anzahl der Übergriffe auf Fahrgäste zu minimieren.

Mit einer Erweiterung des KVB-Sicherheitskonzepts ist es an identifizierten Einsatzschwerpunkten möglich, die Kundensicherheit im Stadtgebiet zu erhöhen. Folgende Ziele sollen zusätzlich verfolgt bzw. etabliert werden:

- Verbesserung der Einsatzzeiten von Sicherheitspersonal insbesondere in den Außenbezirken und zu Nachtzeiten (Sicherheitsgefühl).
- Verbesserung der Servicequalität durch digitale Arbeitsmittel und Schulung (Servicequalität, Mobilitätsberatung vor Ort).

- Aufbau eines Monitoring-Systems zur Verbesserung der Sauberkeit, Verunreinigungen und Mängel von Haltestellen (Betriebsqualität; Sicherheitsgefühl).
- Durchsetzung von Hausrecht durch Qualifikation der Verbesserung der Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (objektive Sicherheit).
- Verbesserte Fahrausweisprüfung durch Erhöhung der Prüfquote insbesondere auf den Außenlinien der KVB (Einnahmensicherung; Sicherheitsgefühl).
- Verstärkte Präsenz an Plätzen mit besonderem Handlungsbedarf (objektive und subjektive Sicherheit erhöhen).
- Ausbau und die Weiterentwicklung einer gut funktionierenden Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei, Ordnungsamt und dem Sozial- und Wohnungsamt der Stadt Köln durch sichtbare gemeinsame Aktionen sollte intensiviert werden.
- Neue technische Einrichtungen, wie die Videobeobachtung in Fahrzeugen und an Haltestellen und innovative Notrufsysteme sollen das Sicherheitsgefühl stärken.

Die KVB verpflichtet sich, auch weiterhin erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um Bahnhöfe und Fahrzeuge mit hoher Aufenthaltsqualität zur Verfügung zu stellen, Präsenz zu zeigen, Meldemöglichkeiten für Vorfälle zu schaffen und Fahrgäste, die sich nicht an die Regeln halten zu ermahnen, zu belehren und gegebenenfalls zu verweisen.

Wir empfehlen, dass für die Erweiterung der o. g. Sicherheitsziele entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere unter dem Aspekt, dass die Sicherheitsansprüche, nicht zuletzt durch zunehmende Großveranstaltungen im Stadtgebiet, weiter steigen.

Sicherheit wird als eine Gemeinschaftsaufgabe verstanden.

Wir empfehlen hierfür die Entwicklung eines einheitlichen Verständnisses für die Sicherheitsbedürfnisse entlang der gesamten Wegeketten eines Fahrgastes vor. Dies umfasst neben der Fahrt in Bus oder Bahn auch den öffentlichen Raum bis zur Wohnungstür.

Wir empfehlen die Stärkung der Zusammenarbeit aller Akteure vor; hierzu empfehlen wir die Bereitstellung entsprechender Personalressourcen bei allen Akteuren. Um das Sicherheitsempfinden von Fahrgästen und dem Personal nachhaltig zu verbessern, sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden – und zwar in enger Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren und Organisationen. Bestehende Maßnahmen sind fortzuführen.

Im Umgang mit Menschen am Rande der Gesellschaft ist der öffentliche Personennahverkehr mit gesellschaftlichen Problemen konfrontiert, die er nicht lösen kann.

Um den Menschen am Rande der Gesellschaft zu helfen und den Anforderungen an das Sicherheitsempfinden aller Fahrgäste gerecht zu werden, empfehlen wir konzentrierte Konzepte der sozialen Verantwortungsträger der Kommune, der Polizei, dem Ordnungsamt und der KVB vor. Es müssen auch weiterhin Polizei, Ordnungsamt und Sozialarbeiter im KVB-System aktive Präsenz zeigen.

13. Zur Verkehrswende gehört auch eine nachhaltige Logistik

Als Logistik-Holding im SWK-Konzern übernimmt die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen vielfältige logistische Dienstleistungen für Köln und die Region. Gleisanlagen des Unternehmens dienen neben logistischen Zwecken gleichzeitig dem öffentlichen Nahverkehr der Stadtbahnlinien 7, 16, 17, und 18.

Ziel und Zweck ist die nachhaltige Gestaltung integrierter, klimaschonender Transportketten mit der Verlagerung von Straßenverkehren auf die umweltfreundlicheren Transportmittel Güterzug und Binnenschiff, da wo es sinnvoll und möglich ist.

Für diese logistischen Zielsetzungen betreibt die HGK-Gruppe bedeutende Infrastrukturen und entwickelt logistische Netzwerke, die in Konsequenz einen überregionalen Denkansatz erfordern, um der Stadt zugute zu kommen. Allein über die eigenen Umschlagterminals im Niehler Hafen werden jährlich rund 60.000 Container-Ladeeinheiten umgeschlagen, die über die Verkehrswege Schiene oder Wasserstraße umweltfreundlich in die Region transportiert werden oder diese verlassen.

Dieser Aufgabe ist die HGK-Gruppe in den vergangenen Jahren durch Umstrukturierung zur Logistik-Holding und den Ausbau ihrer Beteiligungen nachgekommen. Auf diese Weise kann sie Einfluss auf die nachhaltige Gestaltung logistischer Transportketten nehmen, die sich von den Seehäfen entlang der gesamten Rheinschiene bis über die Alpen erstrecken. In einem liberalisierten und internationalen Logistikmarkt gilt es, diese überregionale Entwicklung strategisch abzusichern und dafür die finanziellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Gleichzeitig ist eine grundsätzliche Veränderung von Produktionsprozessen, Wertschöpfungsstufen und damit einhergehend von Lieferketten und Güterströmen zu beobachten. Neben der Entwicklung von Kompetenzen für die Steuerung von Umschlags- und Transportmodalitäten ist daher zunehmend auch die Schaffung von verkehrstechnisch gut erschlossenen Flächen für Logistik und Produktion im urbanen Raum von Bedeutung. Die mit dem Projekt „Fusion Cologne“ eingeleitete Entwicklung zur Bereitstellung von kombinierten Flächen für Logistik und Light Industrial Anwendungen wird die HGK in den kommenden Jahren mit der Weiterentwicklung ihrer Flächen und Anlagen im Niehler Hafen fortsetzen.

Darüber hinaus beabsichtigt die HGK, das Geschäftsmodell der Bewirtschaftung von Industrieflächen regional weiterzuentwickeln. Dazu gehört u. a. die Investition von rund 45 Mio. Euro in den Erhalt und Ausbau der Kaianlagen und des Containerterminals im Niehler Hafen innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Die Grundlage für eine funktionierende Güterlogistik per Schiff und Bahn bilden jedoch ausreichende sowie gut erhaltene Schienenkapazitäten und Wasserwege. Die HGK beobachtet dabei mit Sorge, dass die Aufmerksamkeit für Ausbau und Erhalt der Schieneninfrastruktur sowie der Wasserwege weit hinter dem Segment „Straßennetze“ zurückhängt.

Wir empfehlen, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln das Thema beim Deutschen Städtetag und in weiteren politischen Kanälen platzieren, um die Entwicklung, Erhalt und gleichberechtigte Förderung aller Güterschienennetze (DB und NE-Bahnen) und Wasserwege durch den Bund voranzutreiben. Die HGK steht als Impulsgeber und Ansprechpartner jederzeit bereit.

In der Logistik eröffnen sich durch die Umsetzung neuer Technologien und die kooperative Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle enorme Potenziale, die auf unterschiedlichste Ziele der HGK AG sowie des Mutterkonzerns einzahlen: Effizienzsteigerungen, Kostenoptimierungen und insbesondere die Schaffung neuer Erlösfelder und Märkte. Hierbei sind oftmals junge Unternehmen und Technologiepartner sowie dezidiert eingesetztes Wagniskapital Treiber der transformativen Entwicklungen.

Wir empfehlen eine stärkere Unterstützung und Risikobereitschaft von Politik und Verwaltung der Stadt Köln bei der strategischen Ausrichtung der HGK und bei der Umsetzung von strategischen Unternehmenszukäufen sowie der Umsetzung neuer Geschäftsmodelle auf Basis neuer Technologien zur Absicherung zukunftsfähiger Ertragsmodelle im Wettbewerb.

14. Digitale Infrastrukturen – Gemeinsam Köln auf das Gigabit-Zeitalter vorbereiten

Der Breitbandausbau ist ein wichtiger Teil der modernen kommunalen Daseinsvorsorge. Schnelles Internet ist heute eine der Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe. Breitbandkonnektivität stellt darüber hinaus eine wesentliche Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich dar.

Die NetCologne, ein Unternehmen des SWK-Konzerns, setzt seit 2006 auf eine Glasfaser-First-Strategie. Damit stellte NetCologne die Weichen für eine erfolgreiche digitale Transformation der Metropolregion Köln. Heute verbindet NetCologne rund 660.000 Haushalte über sein 30.500 Kilometer langes Glasfasernetz und bietet Geschäftskunden darüber Geschwindigkeiten im Gigabitbereich an. Davon profitiert insbesondere die Stadt Köln, die Platz 1 im Breitbandatlas der Bundesregierung belegt. Um diesen Vorsprung weiter auszubauen, investiert die NetCologne kontinuierlich weiter in den Ausbau der digitalen Infrastruktur Kölns. Die NetCologne setzt dabei auf einen umfangreichen Anteil an Eigenausbau, geht aber auch Kooperationen mit Infrastrukturpartnern ein – insbesondere mit Stadtwerken, Energieversorgern und kommunalen Betreibern.

Aufgrund der starken regionalen Verankerung und der damit einhergehenden Verantwortung, tragen kommunale Unternehmen maßgeblich zum Ausbau der digitalen Infrastrukturen in städtischen sowie ländlichen Regionen bei. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat sich die NetCologne selbst stetig weiterentwickelt und stellt ihren Kunden über lokale Rechenzentren zukunftsweisende Dienste wie Cloud-Computing zur Verfügung.

2023 fiel der Startschuss für den Aufbau eines neuen 450 Megahertz-Funknetzes für kritische Infrastrukturen in Köln und den umliegenden Städten. Damit wird im Krisenfall die Steuerung der Energienetze sowie die Kommunikation über 72 Stunden selbst bei vollständigem Stromausfall sichergestellt. Darüber hinaus hat NetCologne mit dem Bau eines neuen Hochsicherheitsrechenzentrums innerhalb Kölns für Geschäftskunden begonnen. Die NetCologne engagiert sich darüber hinaus für die Digitalisierung von Schulen und hat in dem Zusammenhang bereits alle 300 Kölner Schulgebäude im Auftrag der Stadt Köln an ihr Glasfasernetz angeschlossen.

Die NetCologne begrüßt die politischen Anstrengungen der Bundesregierung, Deutschland bis 2030 flächendeckend mit gigabitfähigem Internet zu versorgen. Um dieses ambitionierte Ziel in Köln und der Region zu erreichen, müssen zwischen Netzbetreibern und in enger Kooperation maßgeschneiderte Lösungen für die Digitalisierung von Kommunen entwickelt und Hemmnisse für einen schnellen Breitbandausbau beseitigt werden. Aus Sicht der NetCologne sind folgende Punkte durch Politik und Verwaltung der Stadt Köln umzusetzen

Um ausreichend Anreize und Sicherheit beim Breitbandausbau zu schaffen, empfehlen wir Politik und Verwaltung der Stadt Köln gegenüber dem Bund dafür einzutreten, dass höherwertige Infrastruktur vor Überbau geschützt wird. Dies betrifft insbesondere Glasfasertechnologie der Ausbaustufen Fibre to the Building (FTTB) und Fibre to the Home (FTTH) – vornehmlich bei der zunehmenden Migration von Kupfer auf Glas. Glasfaser kommt immer weiter zum Kunden und wird bis in die Gebäude bzw. bis in die Wohnung des Endkunden verlegt.

Vorhandene und zukünftige Förderprogramme des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen müssen ausgeschöpft werden, um unterversorgte Bezirke innerhalb des Stadtgebiets schnellstmöglich mit zukunftssicheren Breitbandgeschwindigkeiten versorgen zu können.

Darüber hinaus sollte sich die Stadt Köln dafür einsetzen, dass die Förderung des Ausbaus „Grauer Flecken“ diskriminierungsfrei gestaltet wird anstatt sie an Faktoren wie die Bevölkerungsdichte zu knüpfen, die Stadtgebiete benachteiligt.

Um den Breitbandausbau zu beschleunigen, empfehlen wir der Stadt Köln, digitale Genehmigungsverfahren und einen generellen Abbau unnötiger Bürokratie umzusetzen und sich auch bei den zuständigen Landes- und Bundesbehörden für eine Verschlankung der Prozesse einzusetzen.

Damit die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die digitale Teilhabe im Umland von Köln gelingt, empfehlen wir der Stadt Köln, den Dialog zwischen Kommunen und den kommunalen Unternehmen des SWK-Konzerns mit dem Ziel zu fördern, dass gemeinsam Konzepte für die Digitalisierung ländlicher Regionen entwickelt werden.

Um schnellstmöglich zukunftsorientierte digitale Bildungskonzepte anbieten zu können, empfehlen wir der Stadt Köln, sich bei Schulträgern dafür einzusetzen, dass die durch den Digitalpakt zur Verfügung gestellten Fördergelder zielgerichtet genutzt werden, um die digitale Infrastruktur von Schulen zu verbessern.

15. Abfallverwertung und -entsorgung zukunftssichere Rahmenbedingungen geben - Kommunen sind zentraler Akteur in der Abfallwirtschaft

Die AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB), ein Unternehmen des SWK-Konzerns, erbringen mit rund 1.798 Mitarbeitern und 500 Fahrzeugen die kommunale Abfall- und Wertstoffentsorgung sowie Stadtreinigung für die Stadt Köln. Die AWB steht den Kölnerinnen und Kölnern täglich als kompetenter und verlässlicher Partner zur Seite und ist ein Garant für Kontinuität und Zuverlässigkeit auf einem hohen Niveau. Als kommunales Unternehmen der Daseinsvorsorge steht sie auch über ihr eigentliches Kerngeschäft hinaus als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt bereit. Die AWB vereint in ihrem Portfolio zahlreiche weitere Leistungen, wie z. B. Altkleidersammlung, Toilettenbewirtschaftung, Betrieb der Wertstoffcenter sowie Sperrmüll- und Elektro-Geräteabfuhr und Winterdienst. In 2023 hat die AWB ca. 201,3 Mio. Euro Umsatz mit einem Jahresüberschuss von fast 21,7 Mio. Euro erwirtschaftet.

Beim Umwelt- und Ressourcenschutz übernimmt die AWB eine wichtige Rolle in unserer Stadt. Bereits heute bietet die AWB umfangreiche Leistungen bei der haushaltsnahen Erfassung von Wertstoffen an. Um den ambitionierten politischen Zielen des Kölner Abfallwirtschaftskonzeptes gerecht zu werden, muss das bestehende Angebot konsequent ausgebaut werden. Eine wichtige Grundlage hierfür bietet u. a. die Errichtung eines dritten Wertstoffcenters. So könnten z. B. auch PKW-Verkehre im Stadtgebiet gemindert und besser verteilt werden und somit der Stadtverkehr entlastet werden.

Durch ihr Know-how und das umfangreiche Leistungsportfolio ist die AWB der wichtige Partner unserer Stadt für Stadtbildpflege. So können viele Synergien durch eine Verzahnung von Leistungen, z. B. bei der Aufwertung von Stadtmobiliar (Reinigung und Prophylaxe) erreicht werden. Es bietet sich daher an, die bestehenden Möglichkeiten zur Attraktivierung des Stadtbildes durch den Einsatz der AWB in weiteren Bereichen auszubauen.

Zur nachhaltigen Attraktivierung des Kölner Stadtbildes ist es aber auch notwendig, dass schon bei der planerischen Gestaltung von neuen öffentlichen Flächen (z. B. Straßen und Plätze sowie Stadtmobiliar) kommunale Unternehmen, wie die AWB, mit in die Auswahl von Baumaterialien einbezogen werden. Dadurch können bereits frühzeitig Flächen so gestaltet werden, dass eine Reinigung dieser Bereiche optimal und nachhaltig erfolgen kann. Dies führt auch zu einem besseren Erhalt von Bausubstanz, z. B. durch einen maßvollen bzw. schonenden Einsatz von Reinigungsmaßnahmen.

Als flächendeckender Kümmerer im Stadtgebiet kann die AWB, wie bereits erfolgreich auf den Kölner Ringen getestet, bereichsübergreifend ein wichtiger Partner zur frühzeitigen Beseitigung von Problemen (z. B. Meldung von Straßenschäden, Austausch von Stadtmobiliar, Sonderreinigungen) sein. Dies sorgt nicht nur für eine schnellstmögliche Umsetzung von Themen, sondern entlastet auch weitere Beteiligte, wie Konzerngesellschaften und/oder städtische Ämter.

Die AWB ist wichtiger Partner der Stadt Köln in der Erarbeitung und Umsetzung des Zero Waste Konzepts und des Masterplans Stadtsauberkeit der Stadt Köln. Dabei baut die AWB auf vielfältigen Erfahrungen und Pilotprojekten auf, die sie zur Verbesserung der Sauberkeit in Köln durchgeführt hat. Eines ist z. B. die Flexibilisierung der Reinigung und Papierkorbleerung im linksrheinischen Stadtgebiet, um flexibler auf die veränderte Nutzung des öffentlichen Raums durch z. B. Feiern am Rheinufer und an anderen „Hotspots“ zu reagieren.

Die AWB arbeitet konsequent daran, ihren Fuhrpark stetig zu modernisieren und hierbei auch auf moderne und nachhaltige Antriebstechnologien zu setzen, um bei ihrer Arbeit für Köln einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (AVG), ein mehrheitlich kommunales Unternehmen mit privater Beteiligung, unterhält und betreibt gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Entsorgungs- und Verwertungseinrichtungen in Köln: eine Restmüllverbrennungsanlage, eine Kompostierungsanlage und Sortieranlagen zur Aufbereitung von unter anderem Gewerbeabfällen und Altholz. Zudem betreibt sie im Auftrag der Stadt die Deponie Vereinigte Ville.

Die Entsorgung von Abfällen ist wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Kommunen sind im Bereich der Abfall- und Wertstoffentsorgung der erste Ansprechpartner der Bürger mit hohen Vertrauenswerten. Die Leistungsqualität ist auch in diesem sensiblen Bereich der Daseinsvorsorge besonders wichtig. Allein der Preis der Leistungserbringung darf kein Argument für weitere Marktöffnungen sein. Darüber hinaus ist es oftmals notwendig, dass die Entsorgungsleistungen der Daseinsvorsorge auch dann stabil erbracht werden, wenn es hierfür keinen Markt gibt bzw. die Leistungen nicht wirtschaftlich sind. In einem Marktumfeld, das durch regulatorischen Wandel inkl. neuer Technologien (z. B. digitaler Produktpass) und damit neuen Marktteilnehmern geprägt ist, sollte darauf geachtet werden, dass Kosten und Erträge für Wertstoffeffassung geeignet sind, den Gebührenzahler zu entlasten. Insofern ist es wichtig, die Kommunen in ihrer Rolle als öffentlicher Aufgabenträger und damit zentraler Akteur im Bereich der Abfallwirtschaft weiter zu stärken. Dieser Grundsatz sollte bei allen politischen Maßnahmen und Gesetzesinitiativen berücksichtigt werden.

Wir sehen einen wachsenden Bedarf am Ausbau der Kölner Infrastruktur und dabei im Wesentlichen am Ausbau der Verkehrswege. Die Anlagen der AVG im Kölner Norden sind auf eine gute Erreichbarkeit für den Schwerlastverkehr angewiesen. Trotz der guten Lage mit unmittelbarem Anschluss an das Fernstraßennetz hat die Erreichbarkeit in den letzten Jahren deutlich gelitten und unserer Attraktivität für einige Anlieferregionen geschadet. Ursächlich sind zu einem Gutteil die umfangreichen (temporären) Bautätigkeiten an der A1 bzw. der Leverkusener Brücke, aber auch strukturelle Probleme. So wird auch an vielen Zubringerstraßen deutlich, dass diese nicht mehr den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Konkret wurde etwa über das Containerumschlagterminal Nord der HGK ein echter Mehrwert für die Infrastruktur geschaffen. Dieser erfordert nun jedoch auch einen raschen Ausbau der Geestemünder Straße, der jedoch seit Jahren stockt. Die hier aufrecht erhaltenen Provisorien sorgen bereits bei der jetzigen Nutzung des Terminals teilweise für deutliche Einschränkungen. Spätestens nach dem beabsichtigten Ausbau des Terminals werden jedoch die Anforderungen in Gänze nicht mehr erfüllt werden können. Es fehlt auch an einem geordneten Baustellenmanagement, um die ausufernden Zeiträume dieser Vorhaben wieder einzudämmen.

Die bestehenden abfallwirtschaftlichen Strukturen für die Stadt Köln haben sich in der Vergangenheit bewährt und sind auf die individuellen Bedürfnisse der Kommune ausgelegt. Die Bürger profitieren von einer verlässlichen Leistungserbringung und günstigen Entgelten bei einer gleichzeitig hohen umweltverträglichen und nachhaltigen Auftragserfüllung. Durch das

bewährte Zusammenspiel der SWK-Unternehmen werden Lösungen wie die schienengebundene Anlieferung bedeutender Mengenströme aus dem Stadtgebiet ermöglicht, die Straßen entlasten und Abgase verringern. Auf anderen Ebenen bestehen wechselseitige Leistungsbeziehungen zur RheinEnergie und zur RNG. So leistet die AVG einen wichtigen Beitrag zur lokalen Fernwärmeversorgung. In der Umsetzung befindet sich ein Projekt, bei dem Biogas aus Kölner Bioabfällen durch Vergärung gewonnen wird. Dieses Gas wird dann durch Einrichtungen der RheinEnergie und RNG zur Betankung von Abfallsammelfahrzeugen der AWB sowie des privaten Gesellschafters der AVG eingesetzt werden. Der private Gesellschafter der AVG lastet die Anlagen mit prozesstechnisch benötigten energiereichen Gewerbeabfällen aus und leistet damit seinen Anteil zu einem funktionierenden Gesamtgefüge. In der Zukunft sollen weitere Potenziale zur gesellschaftsübergreifenden Zusammenarbeit ausgelotet und umgesetzt werden. Ermöglicht wird dies durch eine langfristige Kontinuität bei der Beauftragung der SWK-Unternehmen.

Wir empfehlen, dass

- zur Zeitoptimierung von Bauprozessen ein geordnetes städtisches Baustellenmanagement eingeführt wird.
- Politik und Verwaltung der Stadt Köln sich gegenüber Land und Bund für eine Beschleunigung behördlicher Verfahren einsetzen. Gerade die Genehmigungen nach dem BImSchG nehmen regelmäßig einen geraumen, teils mehrjährigen Zeitraum in Anspruch. Projekte verzögern sich und Umsatzeinbußen oder sonstige Vermögensschäden können die Folge sein.
- Politik und Verwaltung der Stadt Köln unter Einbeziehung der Bezirksregierung bestehende kommunale Auflagen für Abfallversorgungs- und verwertungsunternehmen im Vergleich zu anderen Regierungsbezirken prüft und ggfs. anpasst. Höhere Auflagen dürfen nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für Kölner Unternehmen oder solchen im Regierungsbezirk führen.
- Politik und Verwaltung der Stadt Köln sich für den Ausbau der Kölner Infrastruktur bei gleichzeitigem Ausbau der Verkehrswege (z. B. der Geestemünder Straße) einsetzen.
- Politik und Verwaltung der Stadt Köln sich für die Schaffung eines dritten Wertstoffcenters im linksrheinischen Kölner Süden einsetzen. Nur durch den erfolgreichen Ausbau der Wertstoffeffassung können die politischen Ziele des Kölner Abfallwirtschaftskonzeptes erreicht werden.
- Politik und Verwaltung der Stadt Köln Anfragen zu gewerblichen Sammlungen für Wertstoffe stets kritisch prüfen, ob diese nicht sinnvoller Weise vor dem Hintergrund der Daseinsvorsorge durch den öffentlich-rechtlichen Entsorger selbst erbracht werden können.
- Politik und Verwaltung der Stadt Köln bei der Stadtbildpflege noch stärker das Know-how der SWK-Unternehmen, z. B. über die AWB, nutzen. So ist z. B. bei der Gestaltung von öffentlichen Flächen die AWB bei der Auswahl von Baumaterialien zu beteiligen, um eine optimale Reinigung nach Fertigstellung zu erreichen und gleichzeitig die Bausubstanz bestmöglich zu schonen. Darüber hinaus können durch das umfangreiche Leistungsportfolio viele Synergien genutzt werden, z. B. bei der Aufwertung des Stadtmobiliars (u.a. Reinigung und Prophylaxe bei Stadtmobiliar) im Kölner Stadtgebiet.
- der Einsatz der AWB als zentraler Kümmerer im Stadtgebiet sollte weiter unterstützt werden.

16. Den Bäderbetrieb als wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge einer wachsenden Stadt auch zukünftig ermöglichen

Die KölnBäder leisten einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge, denn das Schwimmen zählt nach wie vor zu den drei beliebtesten Sportarten hierzulande. Die KölnBäder bieten ein unverzichtbares Freizeit- und Gesundheitsangebot für die Bürgerinnen und Bürger und stellt die Infrastruktur für Schwimmvereine und den Schwimmunterricht an Schulen bereit.

Im Zuge einer wachsenden Stadt ist neben dem Bau von Wohnungen, Schulen und Kindertagesstätten und Sporteinrichtungen auch, gutachterlich bestätigt, die adäquate Erweiterung des Angebotes der KölnBäder GmbH insbesondere durch Aus- und Neubau von Schwimmbädern notwendig, um die kommunale Daseinsvorsorge in diesem Bereich sicherzustellen.

Gerade in Zeiten der Pandemie ist klar geworden, wie wichtig das Schwimmenlernen für Kinder ist, um einer Generation von Nichtschwimmern gegenzusteuern. Dafür bieten die KölnBäder Wasserfläche für Schulen und Vereine sowie eine Vielzahl an Schwimmkursen an. Um den steigenden Bedarf an Wasserfläche gerecht zu werden, ist die Erweiterung von Wasserfläche notwendig.

Kommunale Bäderbetriebe wie die KölnBäder GmbH stehen aktuell vor verschiedenen Herausforderungen. Eine der größten ist die finanzielle Situation. Die Betriebskosten für Schwimmbäder und andere Einrichtungen sind hoch, insbesondere wenn es um Instandhaltung und Energiekosten geht. Gleichzeitig sind die Einnahmen durch Eintrittsgelder und andere Gebühren nicht ausreichend, um diese Kosten zu decken.

Enorm gestiegene Baukosten und tarifliche Gehaltssteigerungen der Beschäftigten sowie die Herausforderung der Energiewende sind zusätzliche Faktoren, die stark auf das Unternehmensergebnis einwirken.

Um der schwierigen Situation Rechnung zu tragen, arbeiten die KölnBäder mit Hochdruck daran, ihre Prozesse zu optimieren und Baumaßnahmen so intelligent zu planen, dass zusätzliche Wasserflächen so kostengünstig wie möglich zur Verfügung gestellt werden können.

Sollte es in der Zukunft deutlich höhere Investitionen im Bäderbereich geben, muss perspektivisch über eine Begrenzung der durch den Stadtwerke Köln Konzern auszugleichenden Verluste bei den KölnBädern zum Beispiel durch einen Betriebskostenzuschuss der Stadt Köln nachgedacht werden.

Für ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Schwimmangebot in Köln bedarf es nicht nur des Erhalts der bestehenden Wasserflächen und deren stetigen Attraktivierung, sondern auch der Schaffung zusätzlicher Wasserflächen. Die Erweiterung der Wasserfläche soll dabei durch die Umnutzung und Erweiterung von Flächen in bestehenden Schwimmbädern erreicht werden.

Wir schlagen vor, dass Politik und Verwaltung der Stadt Köln sich gegenüber Land und Bund für folgende Punkte einsetzen:

Um die Bäder weiterhin aufrechterhalten und Investitionen tätigen zu können, sollte die Bereitstellung von Förderprogrammen zur Investition in neue Bäder sowie für Instandhaltungen und Erneuerungen fortgeführt werden.

Die KölnBäder stehen aufgrund der energetischen Transformation vor großen Herausforderungen. Es steht eine Umstellung auf regenerierbare Energieträger an. Um diese energetische Transformation zu gewährleisten, sollte eine Bereitstellung von Förderprogrammen erfolgen.

Der steuerliche Querverbund von öffentlichen Bädern wird insbesondere bei den

KölnBädern über die Nutzung von BHKWs geregelt. Vor dem Aspekt der energetischen Transformation wird derzeit eine klimagerechte Weiterentwicklung des steuerlichen Querverbundes für Bäder diskutiert. Dabei ist es wichtig, dass Alternativen zum BHKW als Voraussetzungen für den steuerlichen Querverbund zugelassen werden.